



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 2
Dienstag, 20. Januar 2015
18:04 - 20:45 Uhr
Kantonsratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 17.02.2015

Vorsitz:	Dr. Cornelia Stamm Hurter	SVP
Protokoll:	Veronika Michel	Protokollführerin
Stimmzähler:	Beat Brunner Andi Kunz Rainer Schmidig	EDU AL EVP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 34 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Urs Fürer	SP
Schluss der Sitzung:	Katrin Huber Ott Stefan Mari	SP SP

TRAKTANDEN

1	Ersatzwahl eines Mitgliedes des Wahlbüros der Stadt Schaffhausen	Seite	6
2	Vorlage des Stadtrats vom 20. November 2012: Erweiterung Schulanlage Breite	Seite	7
3	Vorlage des Stadtrats vom 11. Dezember 2012: Zonenplanänderung Nr. 10 - Planungsmassnahmen im Rahmen des Projektes "Zukunft Stadtleben"; Ziffer 10.4, Gebiet Wagenareal	Seite	14
4	Bericht des Stadtrats vom 21. Oktober 2014 zum Postulat Christine Thommen vom 30. Oktober 2012: "Mehr Frauen in die Chefetagen der städtischen Verwaltung"	Seite	21

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

17.07.2012	Bericht des Stadtrates zur Motion Wullschleger "Gesunde und attraktive Finanzen"	GPK
25.09.2012	VdSR VBSH/RVSH: Ein Bus, ein Dach, ein Unternehmen	SPK
25.06.2013	VdSR Botschaft zur Initiative "Eine Schuldenbremse für die Stadt Schaffhausen" der FDP/JFSH der Stadt Schaffhausen, Stellungnahme und Gegenvorschlag des Stadtrats	SPK
02.06.2014	Verfahrenspostulat Martin Jung (AL): Ermöglichung der Diskussion von Interpellationen	Büro
10.08.2014	Postulat Beat Brunner (EDU): Bereitstellung von Carparkplätzen für Reiseunternehmen in Zentrumsnähe vom 10. August 2014 (Eingang: 19. August 2014)	
01.09.2014	Petition gegen die geplante Aufzoning des Wagenareals	FK Bau
02.09.2014	Postulat Peter Möller (SP): Stadthausgeviert sanieren	
15.09.2014	Interpellation Hermann Schlatter (SVP): Sozialer Wohnungsbau ohne Strategie und ohne Berechtigung durch Parlament und Volk?	
23.10.2014	Postulat Andi Kunz (AL): Kontrollierter Cannabis-Verkauf und Teilnahme an Pilotversuch	
04.11.2014	VdSR Erlass einer Verordnung über die Finanzkontrolle für die Stadt Schaffhausen (ergänzte Fassung)	GPK
04.11.2014	Interpellation Stefan Marti (SP): Auswertung: Fünf Jahre verkleinertes Parlament	
11.11.2014	VdSR „Zukunft Stadtleben, Baurechtsvergabe Hohberg, Grundstück GB 21'223“	GPK
11.11.2014	VdSR Tempo-30-Zone-Herblingen, Schlossstrasse 9 bis 49, Unterdorf, Im Chloster, Im Höfli	FK Bau
18.11.2014	VdSR Teilrevision der Tarifverordnung für die Verrechnung von kostenpflichtigen Feuerwehreinsätzen (Tarifverordnung RSS 450.11) sowie der Feuerwehrverordnung der Stadt Schaffhausen (Feuerwehrverordnung RSS 450.1)	GPK
09.12.2014	Postulat Hermann Schlatter (SVP): Kostendeckende Abfallentsorgung	
09.12.2014	VdSR Kompetenzzentrum Tiefbau Schaffhausen	SPK
09.12.2014	VdSR Neubau Werkhof SH Power im Schweizersbild, Schaffhausen	SPK
07.01.2015	Vorlage des Büros des Grossen Stadtrats vom 7. Januar 2015: Revision der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats	Büro

Kleine Anfragen 2014/2015:

- Kleine Anfrage von Walter Hotz (SVP) vom 31. August 2014: Fragen im Zusammenhang mit der Freistellung Peter Jezler's als Direktor des Museums zu Allerheiligen
- Kleine Anfrage von Diego Facconi (FDP) vom 16. September 2014: Hat die Stadt die Mieteinnahmen nicht nötig?
- Kleine Anfrage von Urs Tanner vom 22. November 2014: Gedenk Anlass zum Kriegsende am 8. Mai 2015
- Kleine Anfrage von Thomas Hauser (FDP) vom 16. Januar 2015: Eingeschränkte Flexibilisierung der Betriebsweise bei der Kraftwerk Schaffhausen AG?

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 Ersatzwahl eines Mitgliedes des Wahlbüros der Stadt Schaffhausen

Der Grosse Stadtrat wählt in stiller Wahl als Ersatz für den zurückgetretenen Felix Schweizer den von der AL-Fraktion vorgeschlagenen Basil Kraft, wohnhaft in Schaffhausen, für den Rest der Legislatur 2013 - 2016 in das Wahlbüro der Stadt Schaffhausen.

Traktandum 2 Vorlage des Stadtrats vom 20. November 2012: Erweiterung Schulanlage Breite

Der Grosse Stadtrat weist das Geschäft an seiner Sitzung vom 17. September 2013 an die vorberatende Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit zurück.

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung den Bericht und Antrag der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit vom 10. Dezember 2014 und die Anträge mit 26 : 1 Stimme wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 20. November 2012 und vom Bericht und Antrag der Fachkommission Bau vom 10. Dezember 2014.
2. Der Grosse Stadtrat bewilligt einen Zusatzkredit in der Höhe von 81'000 Franken (inkl. MWST) für die Ausarbeitung zweier Varianten auf Stufe Vorprojekt zu Lasten Konto 62311.503.222, Schulraumplanung Breite/Steig, Projektierung.
3. Der Grosse Stadtrat stimmt der Fristverlängerung bis spätestens Oktober 2015 zur Erarbeitung zweier weiterer Varianten auf Stufe Vorprojekt zu.

Traktandum 3 Vorlage des Stadtrats vom 11. Dezember 2012: Zonenplanänderung Nr. 10 - Planungsmassnahmen im Rahmen des Projektes "Zukunft Stadtleben"; Ziffer 10.4, Gebiet Wagenareal

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung den Bericht und Antrag der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit und die Anträge vom 10. Dezember 2014 zur Vorlage des Stadtrates vom 11. Dezember 2012: Zonenplanänderung Nr. 10 - Planungsmassnahmen im Rahmen des Projektes "Zukunft Stadtleben"; Ziffer 10.4, Gebiet Wagenareal, mit 17:14 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 11. Dezember 2012 und vom Bericht und Antrag der Fachkommission Bau vom 10. Dezember 2014.

2. Der Grosse Stadtrat lehnt die Umzonung des Gebiets „E: Wagenareal“ aus der Vorlage der Zonenplanänderung Nr. 10 – Planungsmassnahmen im Rahmen des Projekts „Zukunft Stadtleben“, unter gleichzeitiger Kenntnisnahme des Rahmenplans Wagenareal, ab.

**Traktandum 4 Bericht des Stadtrats vom 21. Oktober 2014 zum Postulat
Christine Thommen vom 30. Oktober 2012: “Mehr Frauen in
die Chefetagen der städtischen Verwaltung”**

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung den Bericht des Stadtrates vom 21. Oktober 2014 zum Postulat “Mehr Frauen in den Chefetagen der städtischen Verwaltung” vom 30. Oktober 2012 und die Anträge mit 21 : 6 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrates vom 21. Oktober 2014 zum Postulat Christine Thommen “Mehr Frauen in die Chefetage der städtischen Verwaltung”, Nr. 5/2012 vom 30. Oktober 2012.
2. Das Postulat wird, gestützt auf den Bericht und die darin enthaltenen Massnahmen zur Förderung der Familienfreundlichkeit der Stadt als Arbeitgeberin, insbesondere zur Erhöhung des Anteils von Frauen im Kader der Stadtverwaltung, als erledigt abgeschrieben.

BEGRÜSSUNG

Die **Ratspräsidentin, Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)**, eröffnet die Ratssitzung Nr. 2 vom 20. Januar 2015 mit der Begrüssung der Ratsmitglieder, des Stadtpräsidenten, der Herren Stadträte, der Gäste auf der Tribüne sowie der Medienberichterstatte.

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Adressverzeichnis Grosser Stadtrat, Amtsdauer 2013 – 2016, aktualisierte Version vom 20. Januar 2015
- Kleine Anfrage von Thomas Hauser vom 16. Januar 2015: Eingeschränkte Flexibilisierung der Betriebsweise bei der Kraftwerk Schaffhausen AG?

Zuweisungsvorschlag des Büros:

Das Büro schlägt vor, die Vorlage des Stadtrats vom 11. November 2014: "Zukunft Stadtleben", Baurechtsvergabe Hohberg, Grundstück GB Nr. 21'223 zur Vorberatung in die GPK zuzuweisen.

Urs Tanner (SP): "Wir sehen eigentlich keinen Grund, warum man die Tradition der letzten vier Jahre, die Baurechtsvergabe in die Fachkommission Bau zu tun, hier eigentlich im 2015 brechen wollte. Ich stelle den Antrag, dies der zuständigen Kommission, nämlich der Baufachkommission zuzuweisen."

Hermann Schlatter (SVP): "Wir hatten bereits eine GPK-Sitzung und die GPK ist der Meinung, dass es sich primär um ein Finanzgeschäft handelt. Deshalb gehört es eigentlich in die GPK. Ich beantrage Ihnen, dem Büro zu folgen und das Geschäft der GPK zuzuweisen."

Abstimmung: Der Antrag von Urs Tanner (SP) wird mit 17:14 Stimmen abgelehnt und das Geschäft der GPK zugewiesen.

Das Büro schlägt vor, die Vorlage des Stadtrats vom 9. Dezember 2014: Kompetenzzentrum Tiefbau Schaffhausen sowie die Vorlage des Stadtrats vom 9. Dezember 2014: Neubau Werkhof SH Power im Schweizersbild, Schaffhausen

1. gemeinsam zu behandeln. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. in eine SPK zuzuweisen. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
3. eine 9er-Kommission zu bilden.

Hermann Schlatter (SVP): "Wir sind der Meinung, dies sind zwei sehr wichtige Vorlagen für die Stadt Schaffhausen und deren Zukunft. Wir erachten sie ebenso wichtig wie die FDP-Initiative "Schuldenbremse", bei der wir eine 11er-Kommission hatten. Darum beantragen wir Ihnen eine 11er-Kommission."

Abstimmung: Dem Antrag von Hermann Schlatter (SVP) wird mit Stichentscheid der Ratspräsidentin mit 17:16 Stimmen zugestimmt. Das Geschäft wird einer 11er-Kommission zugewiesen.

PROTOKOLL

Das Protokoll der Ratssitzung Nr. 18 und 19 vom 9. Dezember 2014 liegt vor, ist aber vom Büro noch nicht genehmigt. Die lange Ausfertigungsdauer ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass das Protokoll über 70 Seiten umfasst, zum anderen darauf, dass bei einem Votum von SR Dr. Raphaël Rohner das Mikrophon ausgefallen ist und deshalb keine Aufzeichnungen vorhanden sind.

In diesem Zusammenhang bittet die Ratspräsidentin die Herren Stadträte, inskünftig ihre Voten nicht mehr von ihren Sitzplätzen aus zu halten, sondern ans Rednerpult zu treten, damit die Protokollführerin überwachen kann, dass die Mikrophon-Anlage auch wirklich funktioniert.

Mitteilung der Ratspräsidentin Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP):

„Bevor wir zur Traktandenliste kommen, möchte ich den Anwesenden nochmals herzlich für die ehrenvolle Wahl, die vielen Gratulationen und die schönen Geschenke bedanken. Besonders gefreut haben mich die originellen Präsentationen an der Wahlfeier.

Der Fraktion von ÖBS/GLP/EVP/CVP darf ich mitteilen, dass ich bereits eifrig am Teerinken bin und mich das vielleicht vor der Grippe bewahrt hat. Dank der FDP/JFSH-Fraktion konnte ich meine etwas in Vergessenheit geratenen Römisch-Rechtkenntnisse wieder auf Vordermann bringen. Der grosszügige Essensgutschein wird sicher bald eingelöst. Dank gebührt aber auch der AL und ihren tollen Spielen, diese werden sicher in den Skiferien ausprobiert. Dem Stadtrat sei gedankt für die VBSH-Freikarte, die ja unter anderem gemäss Stadtpräsident Peter Neukomm auch als Dating-Plattform gebraucht werden kann. Meiner Fraktion danke ich für die schöne Handtasche, die bereits im Einsatz ist. Dank der SP/JUSO-Fraktion sollten sich in Bezug auf meine Kochkünste neue Horizonte auftun. Ich freue mich jedenfalls, mit den Damen und Herren der SP/JUSO die Probe aufs Exempel zu machen. Nun ist es allerdings so, dass ich Ihnen als Präsidentin eine objektive und alle gleichbehandelnde Ratsleitung versprochen habe. Deshalb habe ich beschlossen, dass auch die anderen Fraktionen zum Handkuss kommen sollten. Ich werde sie daher bei Gelegenheit auch zu mir nach Hause einladen. „

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungswünsche.

Traktandum 1 Ersatzwahl eines Mitgliedes des Wahlbüros der Stadt Schaffhausen

Der Grosse Stadtrat wählt als Ersatz für den zurückgetretenen Felix Schweizer den von der AL-Fraktion vorgeschlagene Basil Kraft, wohnhaft in Schaffhausen, für den Rest der Legislatur 2013 - 2016 in das Wahlbüro der Stadt Schaffhausen.

Kein Gegenantrag, Basil Kraft wird somit als gewählt erklärt.

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)

„Felix Schweizer ist als Mitglied des Wahlbüros der Einwohnergemeinde Schaffhausen am 31. Dezember 2014 zurückgetreten. Er hat exakt an diesem Tag seinen 65. Geburtstag gefeiert. Im Namen der Stadt Schaffhausen danke ich Herrn Schweizer für seine 18-jährige Tätigkeit als Stimmzähler und wünsche ihm für die Zukunft alles Gute. „

**Traktandum 2 Vorlage des Stadtrats vom 20. November 2012:
Erweiterung Schulanlage Breite**

Edgar Zehnder (SVP)**Begründung**

”Es freut mich zu sehen, dass heute Abend ein Bauabend ist. Wir haben heute zwei grosse Vorlagen auf dem Tisch liegen. Vorlagen, die doch schon relativ lange in der Kommission sind und die uns - das können Sie mir glauben und das können auch die anderen Fachkommissions-Mitglieder bestätigen - zu schaffen gemacht haben, die uns auch teilweise an die eigenen Grenzen gebracht haben. Ich denke da auch daran, dass wir zum Teil, und das kann ich nicht wegsprechen, sehr viel Direkteinfluss nehmen mussten. Dies deshalb, da wir es uns eigentlich gar nicht gewohnt sind, eine Vorlage in dieser Art und Weise in die Fachkommission zurückzunehmen und dann eigentlich gleichnamig zur Exekutive gewisse Aufgaben ausführen zu müssen mit unseren beschränkten Möglichkeiten.

Ich denke bei den beschränkten Möglichkeiten vor allem an die Zeit. Ich denke daran, wenn ich die Daten sehe, wie sich die Baufachkommission getroffen hat - in monatlichen Sitzungen. Seit Februar 2014 hatten wir 19 Sitzungen und 12 Sitzungen seit der Rückweisung dieser Vorlage, die ja vom Grossen Stadtrat damals, am 17. September 2013, in die Fachkommission zurückgewiesen wurde. Das Datum könnte natürlich etwas erschrecken. Wenn man das aber analysiert, ich wüsste nicht, wie es ausgesehen hätte, wenn diese Vorlage an den Stadtrat zurückgewiesen worden wäre. Wir haben dies ja auch schon einmal gemacht, ich erinnere an die Vorlage “Moby Dick”, da lagen dann locker fünf bis sechs Jahre dazwischen.

Wir haben es zumindest innerhalb eines Jahres geschafft zu wissen, was wir wollen. Wir können auch mit gutem Gewissen innerhalb der Baufachkommission sagen, dass wir eben nicht nur mit dem Auftrag, den wir vom Grossen Stadtrat bekommen haben, in die Fachkommission gegangen sind und gleich Aufträge vergeben haben. Diese beanspruchen logischerweise meistens Geld und Zeit. Sondern wir haben uns erlaubt, die alte beziehungsweise bestehende Vorlage nochmals intensiv zu diskutieren. Wir haben dann diese zwei Varianten, die ja vor allem von der Seite der FDP gefordert wurden, nämlich die Mini- und Midi-Vorlage ausführlich diskutiert, bevor wir einen Auftrag an ein Architekturbüro gegeben haben, um nötige Projektanpassungen beziehungsweise Zeichnungen und auch Kostenvoranschläge zu erstellen.

Es ist nämlich immer so, wenn wir direkt, damals im September 2013, auf das Architekturbüro losgegangen wären, hätten wir sicher im Bereich von CHF 100'000.- bis CHF 150'000.- investiert und wären uns mindestens damals innerhalb der Fachkommission noch nicht einig gewesen, was wir überhaupt möchten. Wir haben sicher vier Sitzungen lang gestritten, ich sage bewusst gestritten. Wir haben zwar immer wieder innerhalb der Kommission einen guten Konsens gefunden, aber wir hatten zum Teil sehr harte Wortmeldungen. Wir haben viel über die Tagesstrukturen gestritten, das war leider immer in dieser Kommission um das Schulhaus Breite. Ich möchte Sie heute Abend bitten, nicht weiter Fachkommission zuzuspielen, da wir das Thema wirklich zu Boden geredet haben. Das heisst, ich erwarte heute keine Fachkommissionssitzung, schon gar nicht über das Thema Tagesstrukturen, sondern ich möchte Ihnen vorstellen, was die Fachkommission mit Ihrem Auftrag, den wir damals im September 2013 bekommen hatten, gemacht hat.

Der Auftrag war klar: Zwei Varianten - eine Midi, eine Mini - auszuarbeiten und dem Rat vorzustellen. Was wir gemacht haben: Wir haben vorgängig noch gewisse

Abklärungen getroffen. Wir sind ein Schulhaus anschauen gegangen, wir haben Varianten studiert, wir haben Probekostenschätzungen machen lassen. All diese Elemente haben leider auch Zeit in Anspruch genommen. Schlussendlich wurden die Anträge an Sie alle bis zum 10. Dezember 2014 versandt. Sie kennen die Vorlage sehr ausführlich. Ich denke, die Presse hat bereits gewisse Sachen an den Tag gebracht. Ich bin nicht mit allem einverstanden, ich bin auch nicht mit allem einverstanden, was vom Stadtrat gesagt wurde. Aber ich nehme das einmal so entgegen und ich denke, es braucht nicht sehr viele zusätzliche Informationen zu diesem Geschäft. Wir haben einen Kommissionsbericht erstellt, da wir finden, es ist eine sehr wichtige Vorlage. Wir sind auch der Überzeugung, wenn wir diese Anträge so heute durchbringen, dass wir eine Chance haben und dass in den nächsten zwei Jahren ein Schulhaus auf der Breite entstehen darf.

Wenn nicht, und das ist die grosse Angst, welche die Fachkommission in jeder Sitzung hatte, könnte es sein, dass nochmals eine Runde kommt oder das Schulhaus wirklich falliert. Das will ich nicht. Ich bekenne mich heute ganz klar zu einem neuen Schulhaus auf der Breite. Wie es kommen soll, das werden Sie heute Abend bestimmen und schlussendlich, so hoffe ich, das Stimmvolk."

Andi Kunz (AL)

AL-Fraktionserklärung

"Unsere Fraktion steht nach wie vor hinter der ursprünglich geplanten Erweiterung der Schulanlage Breite. Wir sind klar der Meinung, dass das Projekt „Shed“, wie es im Bericht der Baufachkommission vom 14. August 2013 beschrieben ist, all jene Eigenschaften erfüllt, die wir von einem den heutigen Bedürfnissen gerechten und der Nachhaltigkeit verpflichteten Schulhaus erwarten.

Mit der Zustimmung zum ursprünglichen Schulhaus-Projekt ist der kleinste gemeinsame Nenner in unserer Fraktion jedoch bereits vollständig beschrieben. Was den vorliegenden Bericht und die Anträge der Baufachkommission anbelangt, gehen die Meinungen in unserer Fraktion weit auseinander. Wir waren selten in einem Geschäft so uneinig wie im vorliegenden.

Unsere Fraktion ist klein, ich weiss, aber wir sind gross genug, um heute die ganze Palette möglicher Stimmverhalten ausspielen zu können: Zustimmung, Enthaltung und Ablehnung. Es ist möglich, dass wir heute in der Summe unserer Fraktionsstimmen keinen Einfluss auf das Abstimmungsergebnis haben, da wir uns mit unseren Stimmen vollständig neutralisieren. Ich habe jedoch Anlass zur Hoffnung, dass eine Mehrheit meiner Fraktionsgspänlis den Anträgen der Baufachkommission zustimmt und damit den Weg frei macht für die Ausarbeitung der von diesem Rat angeregten Varianten. Das wäre auch nur konsequent, wie ich meine. Denn immerhin hat dieser Rat und auch meine Fraktion gehörte dazu, einer Rückweisung in die Baufachkommission zugestimmt – mit dem Auftrag, zwei weitere Varianten auszuarbeiten. Diesen Auftrag kann die Kommission nur erfüllen, wenn Sie heute dem Zusatzkredit zustimmen.

Das Hauptargument für die Zustimmung zu den von der Baufachkommission formulierten Anträgen ist jedoch in meinen Augen ein anderes: Ich bin klar der Meinung, dass es töricht wäre, das ursprüngliche Schulhaus-Projekt ohne Alternative dem Stimmvolk vorzulegen. Würden wir dies tun, besteht die Gefahr, dass sich all jene ins Lager der Gegner einreihen, die zwar – wie wir – ein Schulhaus auf der Breite wollen, aber eine andere Vorstellung von der Qualität und den Kosten des Erweiterungsbaus haben. Ich rufe deshalb sowohl die Befürworter wie auch die Gegner des ursprünglichen Schulhausprojektes dazu auf, mit ihrer Zustimmung zu den

Anträgen der Baufachkommission den Weg freizumachen für die einzig mehrheitsfähige Variante in der Frage um den Erweiterungsbau Breite: Die Varianten-Abstimmung. Die Beratungen in der Baufachkommission haben eigentlich gezeigt, dass eine Variante, die allen politischen Lagern passt, nicht in Sicht ist. Der Worst case bleibt für mich der aktuelle Zustand, nämlich die Blockade. Den von der Baufachkommission beantragten Zusatzkredit verstehen wir als eine Art Versicherungsprämie, um nicht leer dazustehen, wenn das von uns favorisierte Schulhaus vor dem Stimmvolk keine Mehrheit findet.

In diesem Sinne mache ich beliebt, den Anträgen der Baufachkommission zuzustimmen.“

Dr. Katrin Bernath (GLP)

ÖBS/GLP/CVP/EVP-Fraktionserklärung

”Um es gleich vorwegzunehmen: Unsere Fraktion bedauert sehr, dass wir nicht bald wie ursprünglich geplant den Neubau beim Schulhaus Breite in Betrieb nehmen können, sondern immer noch in der Planungsphase sind. Die Frage ist nun, wie wir die folgenden beiden übergeordneten Ziele erreichen können, die sich aus den bisherigen Beschlüssen und Diskussionen zur Schulraumplanung hier in diesem Rat ableiten und hinter denen wir immer noch voll und ganz stehen:

1. Ein Ergänzungsbau beim Schulhaus Breite wird so rasch als möglich realisiert.
2. Die räumlichen Möglichkeiten für ein bedarfsgerechtes und flexibel nutzbares Tagesstrukturgebot im Schulkreis werden geschaffen.

Der aus unserer Sicht bevorzugte Weg zu diesen Zielen ist, das ursprüngliche, sehr durchdachte und überzeugende Projekt zu realisieren. Aufgrund des für uns nicht nachvollziehbaren Widerstandes gegen dieses Projekt sind wir aber bereit, der vorgeschlagenen Ausarbeitung von Varianten zuzustimmen.

Ob diese Varianten am Schluss in einer langfristigen Gesamtsicht wirklich günstiger sind, ist aus heutiger Sicht fragwürdig. Für einen transparenten und vollständigen Vergleich der Varianten fordern wir, dass die Gesamtkosten für Investitionen und Betrieb über die gesamte Abschreibungsdauer ausgewiesen werden. Zudem ist wichtig, dass am Schluss nicht „Äpfel mit Birnen“ verglichen werden, d.h. zur Beschreibung der Varianten gehört auch eine Gegenüberstellung, was darin enthalten ist und was nicht. Bei einer Variante ohne Räumlichkeiten für Tagesstrukturen im Schulhaus sind die Kosten für die entsprechende Infrastruktur an einem anderen Ort sowie allfällige Mehrkosten im Betrieb mit zu berücksichtigen. Nur dies ist ehrlich und transparent gegenüber den Stimmbürgern.

Aufgrund der zusätzlichen Zeit und Planungskosten erachten wir unsere Zustimmung zur Ausarbeitung von Varianten als „Konzession an die Unvernunft“ – aber leider sehen wir keine andere Möglichkeit, um schliesslich eine Mehrheit dafür zu gewinnen, die dringend notwendigen Räumlichkeiten beim Schulhaus Breite zu schaffen, die den heutigen schulischen und gesellschaftlichen Anforderungen entsprechen.“

Thomas Hauser (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

”Die Fraktion von FDP/JFSH wird der Vorlage der Baufachkommission betreffend Schulhaus Breite zustimmen. Unter anderem wurde am 17. September 2013 bei der Behandlung der Schulhaus-Vorlage von unserer Fraktion darauf hingewiesen, dass das Projekt mit Kosten von rund 14 Millionen Franken bei einer Volksabstimmung

einen schweren Stand haben werde, weil es

1. rund das 1,5-Fache kostet, wie bei der Schulraumplanung einst mit 9 Millionen Franken angekündigt,
2. es sich um eine nicht in die städtische Finanzlage passende Luxusvariante handelt.

Darum stellte Till Hardmeier am 17. September 2013 den Antrag, es sei eine Erarbeitung einer zusätzlichen kostenoptimierten Minimalversion unter dem Titel: „Sanierung des Hauswarttraktes und zusätzlichen Schulcontainern“ an die Hand zu nehmen. Diesem Antrag und einem Antrag von Walter Hotz hat der Grosse Stadtrat damals grossmehrheitlich zugestimmt. Was uns jetzt die Baufachkommission vorlegt, ist die Folge davon und entspricht dem damaligen Antrag von Till Hardmeier. Projekte können betreffend Kosten nur verglichen werden, wenn sie denselben Projektstand haben. Deshalb stimmen wir diesem Zusatz-Kredit-Antrag der Baufachkommission zu.“

Jeanette Grüniger (SP)

SP/JUSO-Fraktionserklärung

„Für den Bericht und Antrag der Fachkommission Bau „Erweiterung Schulanlage Breite vom 10. Dezember 2014“ konnte in der SP/JUSO-Fraktion keine Einigkeit gefunden werden.

Einig sind wir in der Unterstützung der Vorlage vom 20. November 2012 Projekt „Shed“, einer Schulanlage, die der Bezeichnung Schulhaus gerecht wird.

Der Neubau erfüllt die gewünschten Anforderungen an die Funktion eines zeitgemässen Schulbetriebs. Er überzeugt in der Raumaufteilung im Innen- und Aussenbereich.

Nur eine kleine Bemerkung zum Thema Kosten, das ja eine grössere Rolle spielt beim Sparen beim Projekt „Shed“. Was hier von uns als Ausgaben der Stadt betrachtet wird, sind auch wieder Einnahmen für das heimische Gewerbe. Eine gute Investition in die Zukunft, über die Jugend hinaus. Ganz klar ist es nicht das Ziel der SP/JUSO-Fraktion, mit dem Langzeitprojekt Schulanlage Breite die erweiterte Schulraumplanung noch länger zu blockieren. Eine knappe Mehrheit wird den Anträgen zur Ausarbeitung zweier weiterer Varianten und dem geforderten Kredit zustimmen.“

SR Urs Hunziker

Stellungnahme des Stadtrats

„Verzögerung beim Schulhaus Breite“ - so übertitelten die Schaffhauser Nachrichten in ihrer heutigen Ausgabe ihren Beitrag zum aktuellen Traktandum. Sie haben es von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern gehört: In der zuständigen Fachkommission wurde lange um eine Lösung der nicht ganz einfachen Situation mit der zurückgewiesenen ursprünglichen Vorlage gerungen. Die teils kontroversen Diskussionen endeten mit der Lösung, die Ihnen heute präsentiert wird:

Sie haben heute die Gelegenheit, über einen zusätzlichen Planungskredit zu beschliessen, mit welchem zwei weitere Varianten auf denselben Planungsstand - inklusive Kosten - gebracht werden sollen, wie das bereits detaillierter geplante und berechnete Projekt „Shed“. Wenn diese Zahlen vorliegen, haben wir einen realistischen Kostenvergleich zwischen der verschiedentlich erwähnten Modulbauweise und dem ursprünglichen Projekt und damit eine ebenfalls realistische Basis für weitere Grundsatzdiskussionen. Auch wenn ich nach wie vor überzeugt bin,

dass mit „Shed“ das bessere zukunftsgerichtete Projekt vorliegt, wehre ich mich nicht gegen den von der Fachkommission beantragten Kredit.

Dies in der Hoffnung, nach langem Ringen eine Lösung für das Schulhaus Breite zu finden. Dass auf der Breite ein Erweiterungsneubau erstellt werden soll, ist und war angesichts der erfreulichen Quartierentwicklung nie umstritten. Die aktuellen Schülerzahlen bestätigen die Annahmen, die wir dem Grossen Stadtrat mit der Vorlage zur generellen Schulraumplanung für die Jahre 2008 - 2017 präsentiert haben.

Ich bin überzeugt, dass wir nur zu einer mehrheitsfähigen Lösung finden werden, wenn wir dem Grossen Stadtrat vergleichbare Projektierungsstände mit vergleichbaren Kostenfolgen präsentieren können. In diesem Sinne unterstützt auch der Stadtrat den Zusatzkredit.”

Daniel Schlatter (SP)

Votum

”Als im Jahr 2003 für das Schulhaus Breite ein Projektwettbewerb ausgeschrieben wurde, sagten wir, dass unsere Enkel bereits im neuen Schulhaus in die Schule gehen können. Es kam anders, sie mussten ins Steig-Schulhaus, denn die Vorlage wurde auf Eis gelegt und wahrscheinlich nach Sibirien geschickt.

Diese Vorlage befriedigt mich in keiner Art und Weise, sondern wirft nur neue Fragen auf und steht anscheinend unter einem schlechten Stern. Die Vorlage des Stadtrats vom 20. November 2012 wurde am 17. September 2013 mit Antrag der Bürgerlichen, die Vorlage an den Stadtrat zurückzuweisen, nach einer kontroversen Diskussion an die Fachkommission zurückgewiesen. Am 7. März 2014 stellte die Kommission Antrag auf Verlängerung der Frist, die am 1. April 2014 ebenfalls bewilligt wurde, in der Hoffnung, dass die Kommission in dieser Frist endlich einen Antrag stellen wird.

Nun haben wir den Antrag auf dem Tisch. Nur was beinhaltet der Antrag: Eine weitere Verlängerung der Frist für die Ausarbeitung zwei neuer Varianten? Hier stellt sich für mich die grosse Frage: Welches Architekturbüro kann für rund 8 Promille einen seriösen Projektvorschlag erarbeiten, der auch wirklich die dringend benötigten Anforderungen erfüllt und somit alle unsere Fragen beantwortet, so dass wir dem Stimmvolk mit Überzeugung ein gutes Projekt, welches das Geld wert ist, präsentieren können?

Da ich ja nur seit 50 Jahre mit Bauobjekten zu tun habe, habe ich ja auch ein bisschen Erfahrung. Darum werde ich gegen den zusätzlichen Kredit stimmen, denn diese CHF 81'000.- sind wirklich zum Fenster hinaus geschmissenes Geld und sprechen nicht für eine seriöse Kommissionsarbeit. Schlimm ist, dass eine gute Vorlage mit zusätzlichem Geld zu einem möglichen „Murks“ umorganisiert werden soll. Im Klartext: Hier sind zu viele Köche am Werk, und die gute Suppe wird versalzen.”

René Schmidt (GLP)

Votum

”Edgar Zehnder hat einleitend das Thema Tagesstrukturen als Tabuthema definiert. Ich möchte hier ein Tabu brechen und doch eine kleine Werbeaktion für Tagesstrukturen machen, weil eben der Wind gewechselt hat. Der gesellschaftliche Wandel sowie die Veränderungen in der Familienstruktur erfordern Anpassungen bei den Betreuungsangeboten der Schule.

Immer mehr Eltern teilen sich die Erwerbsarbeit sowie die Kinderbetreuung und sind

angewiesen auf solche Angebote. Auch Schaffhausen muss bedarfsgerechte Tagesstrukturen richten, meint auch die Industrievereinigung. Tagesstrukturen sind für viele potentielle Neuzuzüger ein entscheidendes Kriterium. Warum der IVS nahestehende bürgerliche Kreise immer den Drang verspüren, bei einem Schulhausneubau Tagesstrukturen nicht obligatorisch einzuplanen, ist mir unerklärlich.

Ich fordere die Baufachkommission und auch unschlüssige Mitglieder des Grossen Stadtrates auf, sich stärker für Tagesstrukturen einzusetzen. Für mich ist die Planung einer Modulbauvariante ohne Tagesstruktur unnötig."

Urs Tanner (SP)**Votum**

"Ich gehörte auch dieser ersten Breite SPK an, Daniel Schlatter hat das historisch schön aufgezeigt. Seine Enkel sind nicht in diesem Schulhaus, weil wir wieder 10 Jahre warten mussten. Ich bin grundsätzlich für eine Fristverlängerung und für Varianten. Ich glaube, das hat Andi Kunz auch relativ klar dargelegt. Das müssen wir so den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern vorlegen.

Meine Angst ist ein bisschen, dass es dann tatsächlich auf die nächste Legislatur verschoben wird. Das heisst, sollen wir nicht die Frist nur sechs Monate verlängern, weil Ende Oktober 2015 heisst nämlich, die Vorlage kommt im November in den Rat und wahrscheinlich in eine Spezialkommission zur Vorberatung, wenn wir Pech haben. Dann wird sie im März 2016 besprochen und kommt vor in einem Wahljahr vor das Volk. Ich würde doch beliebt machen, und da hätte ich doch gerne noch ein Wort vom Kommissionspräsidenten Edgar Zehnder, denn Sie haben vermutlich den besseren Überblick: Könnten wir nicht, ohne von der Qualität Abstriche zu machen, sagen, Antrag 3 ändern wir ab bis spätestens Juli 2015, mit der Hoffnung, dann die Vorlage vor den Sommerferien im Rat zu haben. Die Baufachkommission bespricht dies dann in drei Sitzungen und im November 2015 haben wir eine Abstimmung. Dann haben wir tatsächlich einen Entscheid im Jahr 2015.

Ich bitte Sie, der Sache wegen, ich lasse diesen Antrag jetzt noch offen, er ist von der Antwort des Kommissionspräsidenten abhängig. Denken Sie einfach daran, die Leute nehmen uns langsam nicht mehr ernst, wenn wir nur immer für die Schublade planen und Ideen haben. Hier könnten wir mit einer kurzen Frist vielleicht dafür sorgen, dass für 2015 das Volk dann wirklich ja oder nein sagen kann."

SR Urs Hunziker**Votum**

"Ich habe durchaus Verständnis für das Anliegen von Urs Tanner. Ich muss Ihnen indessen sagen, dass diese Verlängerung mit dem federführenden Architekturbüro abgesprochen ist. Dieses Büro ist einfach nicht in der Lage, das zu einem früheren Zeitpunkt abzuliefern. Es geht uns primär darum, dass wir nachher eine vergleichbare Preisbasis für die verschiedenen Projekte haben. Und dies soll wirklich seriös gemacht werden. In diesem Sinne bitte ich Sie, auf diese Verkürzung der Verlängerung zu verzichten."

Edgar Zehnder (SVP)**Votum**

"Ich möchte zuerst auf das Votum von Urs Tanner eingehen, denn ich stehe hier ein wenig in der Schuld. Ich habe damals, als ich diesen Auftrag mit der Fachkommission übernommen habe, eigentlich gedacht (in meinem privatwirtschaftlichen Denken, in

dem ich leider stecken geblieben bin), es müsste wirklich schneller gehen, dass ein Schulhaus auf die Breite kommt. Das sage ich Ihnen offen. Ich habe damals auch zur Presse gesagt, mein Ziel wäre, dass man Ende 2014 wissen sollte, was man bauen möchte. Vielleicht weiss man es langsam, aber wir sind noch wirklich weit davon entfernt. Das ist auch für mich enttäuschend, das muss ich ehrlich sagen. Was ich nicht realisiert habe, und das hat Urs Hunziker bereits erwähnt, es sind eben sehr viele Köche an diesem Brei am Arbeiten. Und diese vielen Köche verderben den Brei nicht, Daniel Schlatter, sondern das Problem ist, jeder braucht seine Zeit, um seriös diese Arbeit zu leisten.

Ich denke, die 8 Promille, die erwähnt wurden, sind sehr tief, aber man könnte sagen, dass wir nochmals CHF 800'000.- haben. Das Architekturbüro würde es uns sicher danken, davon bin ich überzeugt. Vielleicht bekommen wir eine Offerte, die ist 2,7% genauer und wir haben CAD-Pläne, wie man dort bauen kann. Das war aber gar nie das Ziel der Fachkommission. Da bin ich natürlich absolut anderer Meinung, dass jedes Mal schon 15% für die Planung gebraucht werden sollte. Im Gegenteil, ich denke, was soll sich der Stadtrat oder die Stadt jedes Mal CHF 800'000.- bis CHF 900'000.- kosten lassen, um ein Projekt auszuarbeiten, das fadengerade in der Schublade verschwindet. Das ist völliger Irrsinn. Solange wir nicht wissen, ob wir eine Tagesstruktur haben wollen und wie das Schulhaus aussehen soll, wieso sollen wir Architekturbüros beschäftigen für knapp eine Million, wenn wir uns hier nicht einig werden?

Die CHF 81'000.- sind sicher ein beschränkter Rahmen, aber ich glaube, wenn man das Geld so aufwendet - und das haben wir mit den Architekten besprochen - haben wir mindestens einen Vergleich, dass wir wissen, wie sehen diese Räumlichkeiten aus, was bekommt man für dieses Geld, wie genau ist dieser Kostenrahmen schlussendlich. Und ich denke, es spielt keine Rolle, ob das dann schlussendlich 10% oder 11% Genauigkeit sind, sondern da lohnt es sich, nicht CHF 800'000.- zu investieren. Die CHF 81'000.- sind sicher gut investiertes Geld. Das können auch Sie mir glauben, Daniel Schlatter, so lange bin auch ich schon im Bau tätig und zwar direkt im Hochbau.

Ich begreife das Votum von René Schmidt nicht ganz, ich möchte aber auch nicht mehr darauf eintreten, denn ich habe es schon gesagt mit den Tagesstrukturen. Ich habe nur etwas nicht begriffen, wieso gesagt wird, dass ein Schulhaus ohne Tagesstrukturen unnötig wäre. Es ist mir absolut unbekannt, und ich bitte Sie schon, es jetzt nochmals zu versuchen, damit wir die Möglichkeit in der Fachkommission bekommen und unsere Arbeit machen können. Ich denke, dass sich das Architekturbüro sehr schwer getan hat mit diesen Summen. Wir sind dieses Mal etwas härter zur Sache gegangen, haben zum Teil gesagt, dass es nur CHF 40'000.- gibt und der andere bekommt nur CHF 30'000.-, mach das, was wir brauchen. Ich gebe zu, dies mit relativ wenigen Rücksprachen mit den Lehrgremien im Moment. Es wird im ersten Teil keine Präsentation geben. Aber für uns als erste Diskussionsgrundlage ist es eine gute Sache, und dann sollten wir eigentlich innerhalb des Grossen Stadtrats, und da haben wir ja die Möglichkeit, abstimmen können, ob wir für oder gegen eine Variante sind."

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, Eintreten ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Martin Egger (FDP)**, verliest die Vorlage des Stadtrats vom 20. November 2012, Bericht und Antrag der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit vom 10. Dezember 2014, Seite 1-2, und den Anträgen wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 20. November 2012 und vom Bericht und Antrag der Fachkommission Bau vom 10. Dezember 2014. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Der Grosse Stadtrat bewilligt einen Zusatzkredit in der Höhe von 81'000 Franken (inkl. MWST) für die Ausarbeitung zweier Varianten auf Stufe Vorprojekt zu Lasten Konto 62311.503.222, Schulraumplanung Breite/Steig, Projektierung. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
3. Der Grosse Stadtrat stimmt der Fristverlängerung bis spätestens Oktober 2015 zur Erarbeitung zweier weiterer Varianten auf Stufe Vorprojekt zu.

Urs Tanner (SP): "Ich weiss, dass Fristen Fristen sind, und diese Frist schafft etwas Druck. Ich stelle den Antrag jetzt trotzdem - ich habe nicht wirklich eine Antwort erhalten von Edgar Zehnder. Der Antrag wäre, dass Antrag 3 neu lautet: *Der Grosse Stadtrat stimmt der Fristverlängerung bis spätestens Juli 2015 zur Erarbeitung zweier weiterer Varianten auf Stufe Vorprojekt zu.*

Abstimmung: Der Antrag von Urs Tanner (SP) wird mit 21:11 Stimmen abgelehnt.

Schlussabstimmung: Der Grosse Stadtrat heisst den Bericht und Antrag der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit vom 10. Dezember 2014 mit den Anträgen in der Schlussabstimmung mit 26:1 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 **Vorlage des Stadtrats vom 11. Dezember 2012:
Zonenplanänderung Nr. 10 - Planungsmassnahmen im
Rahmen des Projektes "Zukunft Stadtleben"; Ziffer 10.4,
Gebiet Wagenareal**

Rainer Schmidig (EVP)

Begründung

"Heute darf ich Ihnen ein weiteres Mal ein Resultat der Kommissionarbeit in Bezug auf ein Areal der Vorlage zur Zonenplanänderung Nr. 10 vorstellen. Dabei handelt es sich um eine Aufzonung von W3 auf W4 bei Projekt E: Wagenareal. Diesmal habe ich mich nicht ganz freiwillig zu dieser Präsentation bereit erklärt im Wissen um die heikle Situation, die sich dem Rat bei dieser Entscheidung bietet. Ich gehe davon aus, dass Sie alle den Bericht der Kommission studiert und diskutiert haben und beschränke mich deshalb auf ein paar wenige Ausführungen.

Kurz vor der Behandlung dieser Zonenplanänderung im September 2014 ging von den Bewohnern des Emmersberg-Quartiers im Umfeld des Wagenareals eine Petition mit dem Anliegen, es sei auf die Aufzonung zu verzichten, ein. Da es nicht möglich war, die Petition vor der Beratung am 2. September 2014 zu behandeln und zu

beantworten, hat der Grosse Stadtrat das Geschäft Umzonung des Wagenareals an die Baufachkommission zur Überarbeitung zurückgewiesen.

In der Sitzung vom 22. Oktober 2014 hatte dann eine Delegation der Erstunterzeichner der Petition Gelegenheit, ihr Anliegen der Kommission vorzutragen. Dabei hoffte die Kommission auf eine gewisse Verhandlungsbereitschaft, musste aber schnell erkennen, dass die Petitionäre auf ihrem Anliegen beharrten und keine Möglichkeit auf eine Verhandlung bestand. In der Sitzung vom 12. November 2014 wog daraufhin die Kommission die beiden Möglichkeiten a) Festhalten an der Aufzonung oder b) Verzicht auf die Aufzonung gegeneinander ab.

Der Kommission war es ein Anliegen, die beste Möglichkeit zur Entwicklung des brachliegenden Geländes „Wagenareal“ zu finden.

Die Umzonung umfasst die städtische Liegenschaft „Wagenareal“ sowie zwei weitere Areale, die schon gemäss W4 bebaut sind. Mit der Beschränkung der Bauhöhe, die auch mit W3 eigentlich überschritten werden dürfte, hoffte die Stadt, leider vergebens, auf ein Entgegenkommen der Petitionäre und bessere Akzeptanz der Umzonung. Gleichzeitig wird damit aber auch erreicht, dass sich ein möglicher Baukörper gut in das Umfeld einpasst.

Das Areal kann sowohl mit W3 als auch mit W4 bebaut und entwickelt werden, allerdings wäre z.B. ein möglicher Baurechtszins bei W3 kleiner als bei W4 und das Areal für einen Investor eher weniger attraktiv.

In einer intensiven Diskussion wurden einerseits ein möglicherweise schwerwiegender Präzedenzfall, der uns bei weiteren Umzonungen immer wieder einholen wird, und andererseits eine möglichst rasche von weiteren Einwänden der Anwohner verschonten Nutzung des Areals von allen Seiten her beleuchtet.

Mit einem knappen Stimmenverhältnis von 4:3 Stimmen empfiehlt Ihnen die Kommission, die Zonenplanänderung bezüglich des „Wagenareals“ abzulehnen.

Ich nehme an, dass in den Fraktionen diese Vorlage intensiv diskutiert wurde und wie in der Kommission alle Argumente dafür und dagegen auf den Tisch kamen. Jeder muss nun selber die Gewichtungen für sich vornehmen und entscheiden. Ich verzichte deshalb an dieser Stelle auf weitere Ausführungen. Die Fraktionserklärung für unsere Fraktion wird Dr. Katrin Bernath übernehmen.”

Thomas Hauser (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

„Das Wagenareal und seine zukünftige Nutzung beschäftigen den Stadtrat und den Grossen Stadtrat seit vielen, vielen Jahren. Bereits als Esther Bänziger die GPK präsidierte, schaute sich diese Kommission das Areal an und überlegte, wie man es für Wohnbauten am besten nutzen könnte. Mit der Vorlage „Zukunft Stadtleben“ vom 11. Dezember 2012 wollte der Stadtrat dieses Gebiet von der bestehenden Zonierung W3 in die zukünftige Zonierung W4 umwandeln.

Dagegen wehrten sich die Anwohner mit einer Petition und wiesen auf Rechtsungleichheiten zwischen dem Wagenareal und den angrenzenden Grundstücken und Bauten hin. Auf Grund der von den Petenten und Petentinnen dargelegten Argumente und Feststellungen, fasste die Baufachkommission den Entschluss, auf diese Aufzonung zu verzichten. Wir von der FDP/JFSH-Fraktion finden

diesen Beschluss richtig. Es hat keinen Sinn, sich auf einen jahrelangen Rechtsstreit einzulassen und das Land an guter Wohnlage brach liegen zu lassen. Und die Gespräche mit den Verfassern der Petition haben gezeigt, ein einfacher Rechtsstreit liegt da nicht vor.

Unter dem Motto „Lieber den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach“ - oder umgemünzt auf das vorliegende Geschäft - „lieber W3 mit demnächst realisierbaren Baumöglichkeiten als W4 mit Rechtsstreitigkeiten ohne Ende“ stimmen wir dem Antrag der Baufachkommission vom 10. Dezember 2014 zu.“

Andi Kunz (AL)

AL-Fraktionserklärung

„Manchmal verstehe ich unseren Rat nicht. Ich habe schon damals, am 2. September 2014, nicht verstanden, weshalb dieser Rat im vollen Wissen um die Argumente der Gegner der Zonenplanänderung beim Wagenareal das Gebiet aus der Vorlage herausgelöst und an die Baufachkommission zurückgeschickt hat. Dass sich damals auch Baufachkommissare für eine Zurückweisung stark machten, obwohl ihnen der Inhalt der Petition zum Zeitpunkt der Beratungen bereits bekannt war, bleibt für mich ein Rätsel. Und als sich dann auch noch der Baureferent für eine Zurückweisung an die vorberatende Kommission stark machte, obwohl er die Petition ja auch bereits abschlägig beantwortet und eigentlich den Auftrag hatte, die stadträtliche Vorlage im Rat zu verteidigen, verstand ich die Welt gar nicht mehr.

Ich versuchte mich nach der besagten Ratsdebatte damit zu beruhigen, dass die wortführenden Rückweiser in diesem Rat gar nicht inhaltlich gegen die geplante Aufzonung Position bezogen und die Zurückweisung damit begründeten, mit diesem Schritt die demokratischen Rechte der Petitionäre zu wahren. Die Überraschung war dann aber gross, als die Mehrheit der Baufachkommission nach erneuter Beratung zum gleichen Geschäft mit nicht mehr als den bisher bekannten Argumenten der Petitionäre mehrheitlich plötzlich zum Schluss kommt, von einer Aufzonung abzusehen. Dieser Entscheid ist umso erstaunlicher, als jene, die dem stadträtlichen Vorschlag die Gefolgschaft verweigern, die Argumente der Petitionäre gar nicht teilen. Das ist zumindest mein Eindruck. Das kommt auch im Bericht der Baufachkommission zum Ausdruck, in welchem der Meinungsumschwung damit begründet wird, dass die Anliegen der Pendenden ernst genommen werden und das Areal auch innerhalb der bestehenden Zone W3 entwickelt werden kann. Eigentlich sind wir uns doch alle einig: Die vom Stadtrat ursprünglich vorgeschlagene Zonenplanänderung macht Sinn. Sie führt dazu, dass das Entwicklungspotential des Grundstücks voll ausgeschöpft werden kann. Wie im Bericht der Fachkommission zu lesen ist, entspricht dieser Schritt der anstehenden Umsetzung des Raumplanungsgesetzes und gleichzeitig wird es der Eignung des Areals aufgrund seiner städtebaulichen Einbettung gerecht. Wer haushälterisch mit unserem Boden umgehen will, kann doch nichts gegen die geplante Aufzonung sein.

Ich meine inzwischen den Grund für den Meinungsumschwung in der Baufachkommission zu kennen. Er heisst Mutlosigkeit. Es ist die Angst vor den Gegnern der Verdichtung, die in der Baufachkommission den Wind hat drehen lassen. Die Angst kommt nicht von ungefähr. Ich werde den Eindruck nicht los, dass insbesondere der Name des Wortführers der Petitionäre die Baufachkommission in Schrecken versetzt hat. Das gibt mir echt zu denken. Wenn nicht mehr die eigene Überzeugung, sondern die Angst vor dem politischen Gegner das Stimmverhalten bestimmt, kommt dies einer Kapitulationserklärung gleich. Wer auf diese Weise Politik macht, macht sich zur Geisel jener, die die Entwicklung unserer Stadt verhindern

wollen. Wer aus Mutlosigkeit die vom Stadtrat vorgeschlagene Aufzonung bachab schickt, muss konsequenterweise alle Zonenplanänderungen und Bauvorhaben bachab schicken, bei der sich Anwohner zur Wehr setzen. Und weil sich wohl zu jeder Zonenplanänderung mindestens einen Gegner finden wird, ist Stillstand die Folge.

Noch zum Vorwurf der Rechtsungleichheit: Eine so verstandene Rechtsungleichheit ist Folge jeder Zonenplanänderung, wenn sie nicht flächendeckend ist. Mit diesem Argument hätten Sie auch alle anderen Zonenplanänderungen ablehnen müssen, die in der Vorlage des Stadtrates vom 11. Dezember 2012 vorgeschlagen wurden. Das haben Sie aber nachweislich nicht getan.

Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, ich möchte Sie bitten, sich nicht einschüchtern zu lassen und den ursprünglichen Plänen des Stadtrates Folge zu leisten. Die Zukunftswerkstatt vom vergangenen Samstag hat einen zentralen Wunsch der Bevölkerung an die Oberfläche befördert: Mehr Mut, mehr Mut und nochmals: Mehr Mut! Ich werde im Namen der unterlegenen Minderheit in der Baufachkommission den Antrag stellen, die Aufzonung im Wagenareal wie in der Vorlage der Zonenplanänderung Nr. 10 vorzunehmen. Ich hoffe auf Ihre Zustimmung."

Jeanette Grüniger (SP)

SP/JUSO-Fraktionserklärung

"Wir haben uns mit dem Anliegen der Anwohner auseinandergesetzt und respektieren ihre Meinungsäußerung. Unsere Fraktion stellt sich jedoch mehrheitlich zu den Erklärungen der Minderheit der vorberatenden Kommission, wie Sie im Bericht entnehmen können. Mit einer Aufzonung wie vom Planungsamt der Stadt geprüft und vorgeschlagen, bestehen die besseren Chancen, das brachliegende Grundstück optimaler zu nutzen und einen neuen Lichtblick in der Entwicklung der Stadt Schaffhausen und seiner Umgebung entstehen zu lassen.

Die SP/JUSO-Fraktion wird den Antrag zur Änderung der Vorlage Zonenplanänderung Nr. 10 ablehnen."

Edgar Zehnder (SVP)

SVP-Fraktionserklärung

"Jetzt kommt der, der Angst hat, nämlich vor denen auf der Tribüne, deshalb habe ich auch so Dampf gemacht, dass es so kommt, wie es heute ist. Aber Spass bei Seite. Wer mich kennt, der weiss, dass ich sicher nicht Angst haben werde, dass ich mich nie einschüchtern lassen werde. Aber es gibt ein gutes chinesisches Sprichwort, das sagt: "Beginne keinen Krieg, den Du nicht gewinnen kannst." Das soll jetzt nicht heissen, dass ich glaube, dass diese Gruppierung im Emmersberg jemals gegen die Stadt hätte prozessieren müssen. Wobei, es wäre das demokratische Recht, das wir in der Stadt haben. Aber ich denke, die Mehrheit der Kommission hat gespürt, dass sehr, sehr viel Herzblut hinter dieser Petition war. Und ich muss eingestehen an die Personen, die heute auf der Tribüne sitzen: Ich war wirklich nicht Befürworter von dieser Petition, ich habe mich lange gewehrt, und ich habe auch mit dem Stadtrat viele Gespräche geführt. Wir haben auch beim Stadtrat mit den Petenten schon Gespräche geführt, wir haben nachher die Petenten auch in die Fachkommission eingeladen. Ich kann Ihnen sagen, das ist nicht nur auf Wunsch von mir passiert. Ich war eher skeptisch gegenüber diesem Thema, bin aber schlussendlich eigentlich glücklich, dass wir das so gemacht haben.

Weshalb: Wenn jemand, der grundsätzlich seine Liegenschaft durch den Entscheid der Stadt um 30% aufwerten könnte, das Gegenteil möchte, da fängt es bei mir an zu

klingseln. Ich frage, wo sind die Beweggründe dieser Person. Was soll das? 80% im Saal würden, wenn ich sagen würde, dass die eigene Liegenschaft morgen mit dem Entscheid des Stadtrates 30% mehr Wert hat, dem zustimmen (und das wäre so gewesen). Ich denke, so viel kann auch die Gruppierung berechnen, die gegen die stadtträtliche Vorlage ist, und das kann auch der Stadtrat so bezeugen. Da überlegt man sich schon, was ist denn der Grund gegen die ganze Sache. Ich kann das gerne sagen. Ich habe sehr lange gebraucht, bis ich das selber bemerkt habe. Ich denke, es ist ein einfaches demokratisches Selbstverständnis, dass alle hier in der Stadt mit der gleichen Elle gemessen werden. Und ich denke alle, da sind sogar wir alle hier mit inbegriffen. Das ist das, was ich lange nicht verstanden habe und zwar deshalb, weil ich gedacht habe, dass die Stadt alle sind. Komischerweise ist aber eine gewisse Allergie gegen diese "alle" in dieser Gruppierung aufgetreten, und ich denke, man hat immer die Stadt als die Böse gesehen. Da ist diese Gruppierung, und die Stadt macht, was sie will, wenn es um ihre eigenen Grundstücke geht. Jeder, der aber privat etwas machen will, kann dies nicht so machen.

Wir haben das an der Zukunftswerkstatt, der ich beiwohnen durfte am Samstag, auch gespürt. Es ist nicht sehr einfach, denke ich, mit dem heutigen Zonenplan der Stadt Schaffhausen umzugehen. Eine Aussage, die mich schlussendlich dazu bewegen hat, umzuschwenken, ist vor allem diese, dass der Stadtplaner gesagt hat, dass die Stadt an gewissen Orten immer wieder (da kann mich der Stadtrat aber vielleicht eines Besseren belehren) auch mal den Weg sucht und gefunden hat, etwas zu ändern an diesem Zonenplan, damit auch das gemacht werden kann, was vernünftig wäre. Das heisst also, wenn man vernünftig bauen möchte, ist dies nicht immer gerade möglich mit unserem Zonenplan. Nur deshalb eine Bauvorschrift umzuändern, damit man eine optimale Ausnützung hat, das ist ein einseitiges demokratisches Verständnis, das sehr schwierig ist. Das war vor allem der Vorwurf der Petenten an uns, an die Stadt. Die Stadt macht das, was sie möchte, und die Privaten dürfen das nicht.

Ich denke, das hat eine Berechtigung. Das hat weder mit Erpressung noch mit Angst zu tun. Wir haben einen Bedarf, den Zonenplan anzupassen, das weiss der Stadtrat. Bis wir diesen angepasst haben, haben wir uns in diesem Mantel zu bewegen, und alles andere wäre nicht demokratisch."

Dr. Katrin Bernath (GLP)

ÖBS/GLP/CVP/EVP-Fraktionserklärung

"Die Mehrheit unserer Fraktion unterstützt die ursprünglich geplante Aufzoning gemäss Vorlage des Stadtrates und als Vertreterin dieser Mehrheit gebe ich Ihnen hier gerne die Stellungnahme unserer Fraktion bekannt.

Wir unterstützen alle die Ziele eines haushälterischen Umgangs mit der knappen Ressource Boden und einer Verdichtung nach innen. Das bedeutet, dass bei der Überbauung der wenigen verbleibenden Grundstücke in der Stadt, wie eben beim Wagenareal, sorgfältig zu prüfen ist, welche Ausnützung angemessen ist. Dass eine Gesamtprüfung in einer Gesamtzonenplanänderung bevorsteht, das wissen wir alle, aber ich denke, hier geht es jetzt um eines dieser Grundstücke in einem Gesamtpaket. Von dem her: wir haben schon gewisse Änderungen vorgenommen und nach der Argumentation, die wir vorhin gehört haben, hätten wir eigentlich gar nichts umzonen dürfen.

Eine solche Prüfung wurde vorgenommen und eine Umzoning von W3 in W4 sowohl aus raumplanerischen als auch aus städtebaulichen Gründen als sinnvoll erachtet. Mit der im Rahmenplan festgelegten Höhenbeschränkung wird die Einpassung der Bauten

in das Quartier gewährleistet. Diese fachliche Beurteilung in der Vorlage des Stadtrates war in der Baufachkommission und auch in unserer Fraktion nicht umstritten.

Unterschiedliche Einschätzungen bestehen aber zur Frage, ob es besser ist, das Areal möglichst bald gemäss der heute bestehenden Zonierung zu entwickeln oder ob die Vorteile einer erhöhten Ausnutzung auch eine mögliche weitere Verzögerung rechtfertigen.

Die Mehrheit unserer Fraktion ist der Ansicht, dass mit dem Verzicht auf die vorgesehene Aufzonung ein Präjudiz für zukünftige Zonenplanänderungen geschaffen wird. Es ist nun mal so, dass zwar alle grundsätzlich für Verdichtung sind, aber nur solange sie nicht in der eigenen Nachbarschaft stattfindet. Diese kleinräumige und kurzfristige Sichtweise steht aber im Widerspruch zu den übergeordneten Zielen der Entwicklung unserer Stadt.

Nicht nachvollziehen können wir das Argument, dass für das städtische Grundstück anderes Recht gelte als für die angrenzenden Grundstücke. Zum einen sind einige der angrenzenden Grundstücke aufgrund altrechtlicher Bauten schon dichter bebaut als gemäss Zonenplan möglich wäre. Zum anderen waren einige Eigentümer angrenzender Grundstücke explizit nicht daran interessiert, dass ihr Grundstück ebenfalls in den Perimeter der Umzonung aufgenommen wird.

Schliesslich bleibt die Frage, wer denn von einer erhöhten Ausnutzung profitiert: Dies ist die Stadt – das heisst wir alle. In diesem Sinne unterstützen wir mehrheitlich den ursprünglichen Antrag des Stadtrates zur Umzonung des Wagenareals beziehungsweise den entsprechenden Antrag von Andi Kunz."

SR Dr. Raphaël Rohner

Stellungnahme des Stadtrats

"Die Meinungen sind gemacht, eigentlich könnte man bereits jetzt abstimmen. Trotzdem erlaube ich mir, noch die Stellungnahme des Stadtrates in Kürze über drei sehr wichtige Punkte abzugeben:

Es wurde bereits im Jahr 2012 eine Petition eingereicht. Diese Petition wurde in der letzten Legislatur beim Stadtrat eingereicht und man ist den Anliegen der Petenten nicht gefolgt. Man hat auch seinerzeit die Frage der Ausdehnung des Perimeters nicht näher geprüft beziehungsweise es war nicht Gegenstand einer überarbeiteten Vorlage.

Es ist ein legitimes Instrument nach städtischer Verfassung, dass man mittels Petition als Bevölkerung sich gegen oder für ein Projekt äussern kann. Demzufolge steht es uns auch nicht an zu würdigen, ob das gut oder nicht gut sei, das ist ein legitimes Instrument. Wovon sprechen wir: Wir haben vorliegend vier Grundstücke. Es ist ein Rahmenplan erstellt worden, dieser ist behördenverbindlich und die Geschossigkeit ist damit festgelegt. Diese ist unabhängig, ob wir W3 oder W4 auf vier Geschosse festgelegt. Wir sprechen von der Ausnutzung. Im W3 haben wir eine Ausnutzungsziffer von 0.55 bei der Regelbauweise. Bei W4 ist diese bei 0.7. Diese Ausnutzungsziffern sind tatsächlich - vergleichsweise haben bereits einen Benchmark im Hinblick auf die Revision der Bauordnung und Zonenplanung gemacht - sehr niedrig.

Verschiedentlich sind schon einige Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Schaffhausen auf uns zugekommen und haben moniert, dass sie in ihren Häusern, die

sie seit Jahren oder Jahrzehnten bewohnen, eine intensivere Nutzung haben möchten und damit eben auch diesem Verdichtungspostulat selber gerecht werden könnten. Wir haben schon vor über einem Jahr in Aussicht gestellt, dass diese Änderung der Bauordnung und der Zonenplanung, die damit einhergeht, in Vorbereitung ist. Sie wissen, das Raumplanungsgesetz und die Verordnung dazu wurden auf schweizerischer Ebene geändert. Jetzt ist der Kanton dran mit dem Baugesetz, und wenn das durch den Kantonsrat ist, werden wir dran sein und eine entsprechende Vorlage bringen. Diese wird Ihnen eine vernünftige, aber doch spürbare Erhöhung dieser Ausnützungsziffer in allen Wohnzonen vorschlagen. Damit werden wir die Möglichkeit schaffen, dass alle dieselbe Möglichkeit haben, in derselben Zone dieselbe Verdichtung umzusetzen, wenn sie es wollen.

Was heisst es nun konkret in Bezug auf die Wohnfläche? Wenn wir, wie in der Vorlage des Stadtrates von 2012 beantragt, bei der Regelbauweise bei W4 von einer Ausnützungsziffer 0.7 ausgehen, dann geht es um rund 3'580 m² Wohnfläche. Wenn wir von der Zone W3 mit einer Ausnützungsziffer 0.55 ausgehen, sind es 2817 m² Wohnfläche. Sprich, es geht um eine Differenz von 769 m² bei der Nutzfläche. Was heisst das in Bezug auf den Wohnraum: Wir hätten bei W4 36 Wohneinheiten, die realisierbar wären und im Schnitt wäre da mit einem Bevölkerungszuwachs von 72 Einwohnern zu rechnen. Die Differenz führt zu einem Minus von 8 Wohnungen, bzw. ungefähr 28 Wohnungen werden realisierbar sein und es werden ungefähr 56 Einwohner - das kommt noch auf das Angebot drauf an - sich dort niederlassen können. In Bezug auf den Landwert wird diese Beibehaltung der von der Fachkommission Bau beantragten Ablehnung der Aufzonung zu einer Reduktion von ungefähr 10 - 20% führen.

Der Stadtrat hat ebenfalls sehr intensiv darüber diskutiert, wie seine Haltung gegenüber dieser Petition ist. Er ist zum Schluss gekommen, dass, obschon das Verdichtungspostulat im Vordergrund steht, ausgehend von dieser Situation, dass ein sehr enger Perimeter hier in Frage steht und dass innerhalb der Verhandlungen der Fachkommission Bau nicht innert Kürze eine Ausweitung dieses Perimeters auf ein begründbares vernünftiges Mass, dass es wohl Sinn macht, dass wir hier dem Antrag der Fachkommission Bau folgen. Wenn auch nicht mit grosser Freude. Das heisst nicht, dass man mutlos ist. Es braucht manchmal auch Mut, um auf einen Entscheid zurück zu kommen und eine vernünftige, pragmatische Lösung umsetzen zu können. Mutig mit dem Kopf durch die Wand, das mag zwar bestechend tönen, ist aber nicht zielführend.

Wir werden im nächsten Schritt wie angekündigt, die Teilrevision der Bauordnung und Zonenplanung bringen. Wir warten, bis der Kanton soweit ist. Wir empfehlen Ihnen, jetzt, hier dem Antrag der Baukommission zuzustimmen.

Ich kann Ihnen auch sagen, wie es weiter geht. Die Liegenschaft wird im Baurecht ausgeschrieben werden. Es wird ein Wettbewerb durchgeführt werden und in bewährter Praxis werden wir, wie das jetzt auch bei anderen vergleichbaren Liegenschaften ist, eine Vertretung des Quartiers oder des Quartiersvereins einberufen. Es ist uns ein Anliegen, dass in diesem Gebiet, auf diesem wichtigen Grundstück endlich etwas passiert. Und es wurde bereits einleitend vom Sprecher der Kommission gesagt: Es bringt nichts, wenn wir hier auf stur schalten und nachher jahrelang Blockaden haben auf dem Rechtsmittelweg. In diesem Sinne werden wir keine Opposition gegen den Antrag der Fachkommission Bau machen."

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, Eintreten ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Martin Egger (FDP)**, verliest den Bericht und Antrag aus der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit vom 10. Dezember 2014 zur Vorlage des Stadtrats vom 11. Dezember 2012: Zonenplanänderung Nr. 10 - Planungsmassnahmen im Rahmen des Projektes "Zukunft Stadtleben"; Ziffer 10.4, Gebiet Wagenareal, Seite 1-2 und den Anträgen wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 11. Dezember 2012 und vom Bericht und Antrag der Fachkommission Bau vom 10. Dezember 2014. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Der Grosse Stadtrat lehnt die Umzonung des Gebiets „E: Wagenareal“ aus der Vorlage der Zonenplanänderung Nr. 10 – Planungsmassnahmen im Rahmen des Projekts „Zukunft Stadtleben“, unter gleichzeitiger Kenntnisnahme des Rahmenplans Wagenareal, ab.

Andi Kunz (AL): "Es ist schon erstaunlich, dass die bürgerlichen Sparfüchse mit ihrem Einknicken auf einen Teil der Baurechtszinsen verzichten wollen. Aber wie dem auch sei. Wie einleitend angekündigt stelle ich hiermit den Antrag, die Umzonung des Gebiets „E: Wagenareal“ wie ursprünglich vom Stadtrat vorgeschlagen, vorzunehmen. Der Antrag lautet wie folgt:

2. Der Grosse Stadtrat stimmt der Umzonung des Gebiets „E: Wagenareal“ aus der Vorlage der Zonenplanänderung Nr. 10 – Planungsmassnahmen im Rahmen des Projekts „Zukunft Stadtleben“, unter gleichzeitiger Kenntnisnahme des Rahmenplans Wagenareal, zu.

Ich hoffe auf Ihre Zustimmung."

Abstimmung: Der Antrag von Andi Kunz (AL) wird mit 17:15 Stimmen abgelehnt.

Schlussabstimmung: Dem Bericht und Antrag der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr und Sicherheit wird mit 17:14 Stimmen zugestimmt.

Das Geschäft ist somit erledigt.

Traktandum 4 **Bericht des Stadtrats vom 21. Oktober 2014 zum Postulat Christine Thommen vom 30. Oktober 2012: "Mehr Frauen in die Chefetagen der städtischen Verwaltung"**

Katrin Hauser-Lauber (FDP)

Begründung

"Im Namen der GPK darf ich Ihnen den Bericht des Stadtrats zum Postulat von Christine Thommen vom 30. Oktober 2012 'Mehr Frauen in die Chefetagen der städtischen Verwaltung' erläutern. Die GPK hat den Bericht des Stadtrates vom 21.

Oktober 2014 an ihrer Sitzung vom 27. November 2014 erstmals und gleichzeitig abschliessend besprochen. Dabei anwesend war Frau Nicole Wehrli, Leiterin des Personaldienstes unserer Stadt. Für ihre Ausführungen danke ich ihr im Namen der GPK herzlich. Unser Dank geht ebenfalls an unseren neuen Stadtpräsidenten Peter Neukomm, der unsere Fragen fachkundig beantwortete sowie an die Protokollführerin Frau Anja Marti.

Der Bericht des Stadtrates zielt darauf ab, dass der Fächer über die Förderung der Frauen in die Chefetagen, wie es im Postulat von Christine Thommen verlangt wurde, weiter geöffnet wird. Bei den Vorarbeiten für den Bericht wurde seitens des Personaldienstes der Stadt klar, dass es um mehr als einzig um Frauenförderung geht. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie soll im Vordergrund stehen. Mit der Erkenntnis, dass heute viele Männer zusätzliche Aufgaben in der Familie übernehmen, stehen der Stadt für die Zukunft möglicherweise vermehrt qualifizierte Frauen zur Verfügung. Die Stadt möchte sich deshalb als familienfreundliche Arbeitgeberin positionieren. So sollten die im Postulat geforderten Massnahmen auch für Männer Gültigkeit haben.

Die GPK hat den Bericht während der Eintretensdebatte kontrovers diskutiert. Es wurde auf Berufsgruppen, wie zum Beispiel im Metallbau- oder im Chemiebereich hingewiesen, die im Vergleich zu den Arbeitsbedingungen im öffentlichen Bereich besser gestellt sind. Dem gegenüber wurde auch auf die Vorteile für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt hingewiesen – als Beispiel sei hier der Verkauf in der Stadtgärtnerei erwähnt.

Im Weiteren sind wir in der GPK übereingekommen, dass sich nicht jede im Bericht umschriebene Massnahme für die Mitarbeitenden der Stadt in den unterschiedlichen Bereichen gleich gut eignet. Dazu zählt das beschriebene Home Office. Der Einsatz für ein Büro im eigenen Wohnhaus wäre in einzelnen Fachbereichen der Stadt gar nicht möglich.

Deutlich wurde, dass der Stadtrat mit dem vorliegenden Bericht bestrebt ist, sein Bestes zu geben um einen höheren Anteil an Frauen zu erreichen. Es soll aber keine Quote ausschlaggebend sein und deshalb wird auch niemand in Zukunft als eine städtische Quotenfrau da stehen.

Schliesslich sind wir in der GPK mit 5:0 Stimmen, bei einer Enthaltung und einer Abwesenheit, auf den Bericht eingetreten.

Während unseren weiteren Diskussionen haben wir auf unsere unterschiedlichen Fragen Antworten erhalten. Und es wurde begründet, weshalb die Zielvorgabe des Stadtrates für eine familienfreundliche Stadtverwaltung, wie es auf Seite 4 des Berichts unter Punkt 2.2 beschrieben ist, in die Mitarbeitergespräche aufgenommen wurde: Mit diesem übergeordneten Ziel des Stadtrats werden alle Mitarbeitenden einbezogen. Es geht darum, den Aspekt der Unternehmenskultur in den Vordergrund zu stellen.

Auf der Seite 6 des Berichtes wird das Angebot der ausserfamiliären Kinderbetreuung umschrieben. Diese Massnahme kann die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern. Wir haben in der GPK darauf hingewiesen, dass die Erarbeitung der Grundlagen für dieses Angebot eine gute Zusammenarbeit mit allen Stellen im Bereich der Kinderbetreuung benötigt. Da diese Massnahme mit höheren Kosten verbunden ist, wird der Stadtrat dazu dem Grossen Stadtrat eine separate Vorlage unterbreiten.

Gerne komme ich noch kurz auf das im Bericht umschriebene Mentoring-Programm zu sprechen. Hier ist hervorzuheben, dass die Einführung dieses Instruments für die interne Personalentwicklung nur mit eigenen Mitarbeitenden vorgesehen ist.

Schlussendlich möchte der Stadtrat mit seinem Bericht zum Postulat von Christine Thommen mit Hilfe der beschriebenen Massnahmen den Frauenanteil im Kader erhöhen. Dazu werden die Kennzahlen der auf Seite 8 aufgeführten Ziele alljährlich im Geschäftsbericht der Stadt veröffentlicht. Die GPK hat mit 6 Stimmen bei einer Abwesenheit Kenntnis vom vorliegenden Bericht des Stadtrates genommen. Dem Antrag 2 stimmte die GPK mit 4 Stimmen, ohne Gegenstimme bei zwei Enthaltungen und einer Abwesenheit zu.

Die GPK empfiehlt Ihnen abschliessend mit 5 Stimmen ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung und einer Abwesenheit auf den Bericht einzutreten und im zustimmenden Sinn davon Kenntnis zu nehmen.

Im Anschluss an meinen Bericht aus der GPK möchte ich Ihnen an dieser Stelle noch die FDP/JFSH-Fraktionserklärung wie folgt mitteilen:

Wir sind erfreut darüber, dass in Zukunft die Frauen nicht über eine fixe Quote in die Chefetagen der städtischen Verwaltung gehoben werden. Quoten wären aus unserer Sicht ein zu starker Eingriff in die unternehmerische Freiheit unserer Stadt. Entscheidend sollte die Leistung sein und nicht das Geschlecht.

Obwohl sich vielleicht mit einer Quote am schnellsten etwas in den Chefetagen zu Gunsten der Frauen ändern würde, glauben wir, dass dies im Allgemeinen nicht im Sinn der Frauen ist. Immerhin – und das möchte ich hervorheben - haben sich dazu in unserer Fraktion 3 Frauen ausgesprochen. Die Gleichbehandlung zwischen Mann und Frau ist aus unserer Sicht richtig und sollte generell unterstützt werden.

Im Bericht des SR steht die Stadt als familienfreundliche Arbeitgeberin im Vordergrund. Wir sind überzeugt, dass eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie zur Frauenförderung massgeblich beitragen kann.

Die FDP/JFSH-Fraktion nimmt deshalb vom Bericht des Stadtrates Kenntnis und stimmt den Anträgen mehrheitlich zu."

Bea Will (AL)

Votum

"Zunächst einmal bedanke ich mich beim Parlament für die Überweisung des Postulats an den Stadtrat und für die Erarbeitung des Stadtrats eines entsprechenden Berichts, wie er hier und heute vorliegt.

Wir finden es gut, dass der Stadtrat mit der Beantwortung des Postulats den Fächer weiter öffnen und die Stadt als familienfreundliche Arbeitgeberin positionieren möchte.

Sehr wichtig ist auch, dass nun alle Bereichsleitungen für das Thema „Frauen als Personalressource“ sensibilisiert sind und die geplanten Massnahmen als Option zur Entwicklung sehen. Leider haben noch nicht alle, aber bereits ein paar Bereiche mehr für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Angestellten unternommen.

Dazu sind die Möglichkeit, von einem Home-Office aus zu arbeiten, und die Ausgestaltung der Jahresarbeitszeit und gezielte Nachfolgeplanung sicher erste

richtige Schritte.

Für ein flexibles Arbeitssystem ist offene Kommunikation und gegenseitige Toleranz gegenüber betrieblichen und privaten Angelegenheiten unabdingbar, d.h. dass bei der Festlegung von Terminen familiäre Verpflichtungen und die Situationen der Teilzeitarbeitenden mit berücksichtigt werden sollen. In diesem Bereich besteht bei der Stadt noch Optimierungsbedarf. Und wir freuen uns, dass die Stadt ab jetzt Optimierungsbemühungen in diesem Bereich anstellen will. Ich hatte als Familienfrau bisher das Glück, immer in solchen „Unternehmen“ als Teilzeitarbeitnehmerin tätig zu sein und wünsche das allen arbeitnehmenden Familienfrauen.

Um das Ziel, eine bessere Vertretung von Frauen im Kader und die Stadt als familienfreundliche Unternehmerin und Arbeitgeberin zu positionieren, steht noch viel Arbeit an. Wenn günstige Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen werden, können mehr Familien ihr Lebensmodell frei wählen und die Stadt profitiert von der Bindung ihrer Mitarbeitenden an die Verwaltung und wird die Rekrutierung von Personal verbessern können.

Und jetzt kommt ein ganz wichtiger Punkt: Wenn auch Männer Teilzeit arbeiten können, bedeutet dies eine Entlastung der Familienarbeit, sofern sie diese auch mit der nötigen Verantwortung und Fürsorge wahrnehmen, und kommt so, (in-)direkt den Frauen zu gute.

Leider sind wir in der Schweiz noch ganz weit davon entfernt, dass es als normal erachtet wird, wenn in einer Familie Frau und Mann gleichviel, bzw. gleichberechtigt Familienarbeit machen und für Lohnarbeit angestellt werden oder selbständig tätig sind. Ausser in den einzelnen, zum Beispiel sozialen oder pädagogischen Berufen und manchen Büros besteht für Männer kaum in einem Unternehmen die Möglichkeit, phasenweise 20 - 70% zu arbeiten, obwohl das den gut ausgebildeten Frauen sehr entgegen käme, um Beruf und Familie geschickt vereinbaren zu können.

Ich führe hier aber nicht weiter aus, sonst entstünde noch eine längere Grundsatzdiskussion zum Thema Gleichberechtigung von Mann und Frau in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Diese Diskussion wird sowieso immer wieder kommen, bis Gleichberechtigung wirklich in allen erwähnten Bereichen an der Tagesordnung ist.

Nun aber zu den konkreten Massnahmen wie eine Frauenquote (Frage 1 der Postulantin) von mindestens 35% im mittleren und oberen Kader erreicht werden kann:

Es ist gut und wichtig, dass die Stadt ihre Personalpolitik schriftlich festhalten will, welche zum Ziel hat, den Frauenanteil vor allem im Kader zu erhöhen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Dass diese personalpolitischen Ziele auch als Legislaturziele festgelegt werden, macht sie, soweit ich es verstanden habe, verbindlich.

Die bereits getroffenen Massnahmen sind zeitgemäss, sind meines Erachtens, wenn die Regierung zukunftsorientiert als Beispiel anderen Unternehmen (aus der Wirtschaft) vorangehen oder hinterher gehen möchte, noch lange weiter ausbaubar.

Zu den sechs geplanten Massnahmen:

Diese klingen sehr gut. Spannend finde ich den Ansatz zu schauen, ob auch Frauen und Männer mit einem reduzierten Arbeitspensum Führungspositionen übernehmen

könnten, und wie vorher schon erwähnt, dass auch Männer darin unterstützt werden ihr Arbeitspensum zu reduzieren, sobald sie neben der Arbeit, Familienpflichten nachgehen dürfen. Wir freuen uns, wenn diese Sichtweise sich in der Stadtverwaltung etabliert. Das Talent Management und das Mentoring-Programm sind zusätzlich denkbar wirksame Instrumente um gutes, vor allem qualifiziertes, weibliches Personal in die höheren Stufen (Kader) nachzuziehen.

Eine der wichtigsten Massnahmen ist aber, das Angebot der ausserfamiliären Kinderbetreuung anzubieten. Natürlich ist die Umsetzung dieser Massnahme mit Kosten verbunden, aber haben Sie schon einmal ausgerechnet, was es Wirtschaft, Politik und Gesellschaft kostet, wenn gutausgebildete, arbeitsmotivierte Frauen jahrelang zuhause bleiben müssen wegen der Familienarbeit?

Was ich aus eigener Erfahrung sagen kann, ist, dass unsere städtischen Krippen und Horte qualitativ hochstehende Arbeit leisten, und dass ich ohne diese ausserfamiliäre Betreuung nicht als Familienfrau, Arbeitnehmerin und Politikerin hätte tätig sein können. Ich kenne kaum mehr eine Frau, die sich vorstellen kann oder es sich sogar wünscht, nach einer Geburt über das erste Lebensjahr eines Kindes hinaus Vollzeit Zuhause zu bleiben. Interessanterweise scheint es immer noch in vielen Köpfen unseres etwas überalterten Parlaments so zu sein, dass es Grosseltern, Göttis und Gottis, Tanten und Verwandte wie Sand am Meer gibt, die den jungen Familien betreuend zur Seite stehen, damit Eltern gleichgestellt einer Lohnarbeit nachgehen können.

Ich könnte aber wetten, dass dieses Generationen- oder „innerfamiliäre“ Betreuungsmodell in den meisten Fällen ausgedient hat oder zumindest nur noch in den wenigsten Fällen beide „betreuenden“ Seiten glücklich macht und beziehe das auch auf die heutigen städtischen Angestellten.

Was jetzt für gewisse Familien aus Notwendigkeit öfter wieder vorkommt, da es immer noch viel zu wenig Mittagstische und Randbetreuung oder Hortplätze gibt, dass sich Familien zusammentun und durch organisatorische Hochleistung, kleine Mittagstische und Randbetreuung untereinander anbieten, was machbar, aber sich nicht weniger, sondern mehr belastend auf die Vereinbarkeit von Familien- und Lohnarbeit der einzelnen Frauen auswirkt.

Zu diesem Thema könnte ich noch länger reden, werde das aber in einem anderen Rahmen wieder, falls eine separate Vorlage dazu ausgearbeitet wird, tun.

Eine der wichtigsten Grundvoraussetzungen für alle oben erwähnten geplanten Massnahmen scheint uns die Sensibilisierung der Mitarbeitenden und der Vorgesetzten zum Thema bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sein und die schriftliche Verankerung dieses Ziels in der Personalpolitik.

Die zweite und dritte Frage der Postulantin wurden vom Stadtrat aus unserer Sicht weitestgehend zufriedenstellend beantwortet.

Die AL stimmt dem Antrag 1 zu.

Beim Antrag 2 ist es uns einfach wichtig, dass die Massnahmen zur Förderung der Familienfreundlichkeit der Stadt als Arbeitgeberin, insbesondere zur Erhöhung des Anteils von Frauen im Kader der Stadtverwaltung, als erledigt abgeschrieben werden, wenn diese möglichst nachweisbar umgesetzt werden.

Gerne wünschen wir uns dazu in zwei bis drei Jahren eine Berichterstattung, ähnlich wie sie bei den „Massnahmen zur frühen Förderung“ verlangt wurde. Darin sollte dann stehen, welche der Massnahmen aus dem Bericht des Stadtrates vom 21. Oktober 2014 in wie weit schon umgesetzt werden konnten.

Ich weiss jetzt hier nur nicht, ob es möglich ist, diesen Wunsch in einem Antrag 3 zu formulieren oder ob das formal gar nicht möglich ist. Wenn es nicht möglich ist, einen dritten Antrag zu formulieren, nehmen wir den Antrag 2 an und freuen uns einfach, wenn dieser Bericht des Stadtrates nicht nur eine Absichtserklärung und somit ein Lippenbekenntnis bleibt. Frau wird ja wohl noch wünschen dürfen.“

Hermann Schlatter (SVP)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

„Ich kann Ihnen die Fraktionsmeinung der SVP/EDU-Fraktion zur Antwort des Stadtrats zum unmöglichen Postulat „Mehr Frauen in die Chefetagen der städtischen Verwaltung“ vortragen. Damit verlangte Grossstadträtin Christine Thommen am Ende der letzten Amtsperiode eine Stellungnahme des Stadtrates auf die Frage, wie eine Frauenquote in der städtischen Verwaltung von 35%, insbesondere bei den leitenden Stadtangestellten, erreicht werden könne.

Der Stadtrat hat nun bei der Beantwortung dieses Postulat daraus ein eigentliches Positionspapier zur Familienförderung nach linkem Muster gemacht, denn er geht in seinem Bericht viel weiter als es die Postulantin forderte. Unsere Fraktion setzt grosse Hoffnung in den nun mehrheitlich bürgerlichen Stadtrat, dass dieser linken Tendenz Einhalt geboten wird.

So sieht der Stadtrat vor, mit zahlreichen Massnahmen bessere Rahmenbedingungen für Frauen wie Männer zu schaffen, sei dies durch Heimarbeit - sprich Homeoffice, längere, unbezahlte Elternurlaube mit Übernahme der Arbeitgeberbeiträge an die Pensionskasse, Förderung von Teilzeitanstellungen mit flexiblen Arbeitszeiten, Vergünstigung von Krippen und Hortplätzen mit Steuergeldern und einem Mentoring-Programm für die berufliche und persönliche Entwicklung, also so einem „Gspürsch mi“-Programm, wofür mit dem nächsten Budget wohl Positionen daher kommen, mit welchen innerhalb der Verwaltungsgebäude entsprechende Oaseräumlichkeiten eingerichtet werden können.

Ein wichtiges Instrument dafür scheint dem Stadtrat auch die Leistungsvereinbarung im Rahmen des Mitarbeitergespräches zu sein. Bis anhin war ich der Meinung, dass den Mitarbeitenden damit zu erreichende Leistungsziele vorgegeben würden, die ein Jahr später auf deren Erfüllung hin geprüft werden. Ob dies mit dem Ziel „Jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter reicht mindestens einen Vorschlag bis zur nächsten Qualifikation ein, welche Strukturen und Organisationen im eigenen Betrieb benötigt werden, um die Attraktivität der Stadtverwaltung als familienfreundliche Arbeitgeberin (Vereinbarkeit Familie und Beruf) zu erhöhen“ erreicht werden kann, bezweifle ich sehr. Es zeigt aber auch, wie salopp die Stadt das Instrument der Leistungserfüllung nimmt. Gemäss meiner Information werden den städtischen Angestellten drei Leistungsziele vorgegeben.

Beantwortet nun ein Mitarbeiter die erwähnte Frage „mit einem höheren Lohn ginge es meiner Familie wesentlich besser“, hat er meines Erachtens diese Zielvorgabe hundertprozentig erfüllt. Ob er damit tatsächlich auch eine gute Leistung erbracht hat, steht in den Sternen. Nun ist mir auch klar, warum uns der Personalreferent anlässlich der Lohnrundendiskussion im Rahmen des Budgets immer vorschwärmt, die Stadt

hätte die besten Mitarbeitenden. Mit solchen Zielen erscheint mir dies relativ einfach möglich zu sein. Unsere Fraktion ist klar der Meinung, dass die Leistungs- und Zielvereinbarung mit solchen Leistungszielen zur Farce wird.

Anlässlich der Beratungen innerhalb der GPK wehrte sich der zuständige Referent Peter Neukomm gegen meinen Ausdruck der Quotenfrau. Es würde nicht um eine Quote gehen, sondern um eine Zielsetzung und ideal wäre eine Zielsetzung von 50%, hier ginge es ja lediglich um ein Ziel von 30%, so steht es im GPK Protokoll, gemeint sind wohl 35%.

Nun, geschätzter Stadtpräsident, frage ich Sie, warum gingen Sie bei der Besetzung des Bereichsleiters Finanzen nicht hin und stellten eine Frau an? Hier galt es, eine klassische Verwaltungsstelle zu besetzen, in welcher zahlreiche Frauen tätig sind. Es gibt sehr viele Frauen, die sich im Bereich Rechnungswesen weitergebildet haben; lag es am Schluss wohl doch an der Qualifikation oder allein dran, dass Sie als Mann dem Männerzirkel angehören, welcher, gemäss Postulantin die Tendenz hat, Männerzirkel zu bleiben? Das sei ein psychologisches Prinzip, so wähle Mann Mitstreiter aus, die einem sehr ähnlich seien. Denn sitzt ein Mann ganz oben und glaubt, vieles richtig zu machen, wähle er im Zweifelsfall (unbewusst) jemanden aus, der ihm ähnlich sei, also einen Mann, so die Postulantin in ihrer Postulatsbegründung vom 27. November 2012. Ich gehe mal davon aus, dass diese Unterstellung auf Sie nicht zutrifft und es schlicht entweder an der besseren Qualifikation des eingestellten Bereichsleiters lag oder am Mangel von geeigneten Bewerbungen von Frauenseite. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch, persönlich beurteile ich Ralph Kolb als einen ausgezeichneten Mitarbeiter mit hervorragenden fachlichen und menschlichen Qualitäten, aber so ganz geht mir Ihre Theorie mit der gelebten Praxis nicht auf bei der Besetzung dieser wichtigen Stelle, welche in Ihrer Verantwortung lag.

Eine weitere Besetzung, die für mich nicht ganz ins Bild passt: Fast alle Mitglieder der SP-Fraktion haben dieses Postulat unterschrieben, ein paar wenige haben sich der Stimme enthalten. Da frage ich mich, warum haben Sie am letzten Dienstag nicht eine Frau auf die Laufbahn geschickt, Sie haben ja zwei Frauen in Ihren Reihen. Bei einer Ratskollegin kann es ganz sicher nicht an der Familie gelegen haben, wollte sie doch vor einem Vierteljahr in den Stadtrat einziehen. Damit leite ich ab, dass wohl andere Gründe dafür ausschlaggebend gewesen sein müssen, dass sie auf den Mann gesetzt haben oder lag es allenfalls am fehlenden Pflichtenheft in Ihrer Fraktion, das verlangt, die 35% Quote zu erfüllen?

Sie sehen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, an diesen beiden Beispielen wie absurd eben die aufgestellte Forderung ist. Spielt Angebot und Nachfrage nicht, können die Ziele nie und nimmer erreicht werden, und ich bin überzeugt, dass dafür grossmehrheitlich nicht die Soffaktoren verantwortlich sind. Und geht man nun als Stadtrat hin und stellt für die Verwaltung verbindlich formulierte Zielsetzungen für die Personalpolitik auf, wird es zwangsläufig zu Fehlbesetzungen kommen, nur weil die zuständigen Verantwortlichen verpflichtet werden - wohl in den Zielvereinbarungen - die vorgesehene Quote von 35% zu erreichen.

Ich habe mich im Rahmen der Vorbereitungen auf diese Sitzung ein bisschen umgesehen, in welchen Parlamenten solche Vorstösse schon überwiesen wurden. In der Stadt Bern wurde der Vorstoss mittels Motion eingereicht, hier wehrte sich der linke Stadtpräsident Tschäppät unter anderem gegen die Entgegennahme als Motion mit dem Argument, in gewissen Berufsschichten gäbe es schlicht keine oder nur ganz wenige Frauen mit Kaderqualifikationen. Das trifft auch bei uns zu, denken Sie an die

technischen Berufe, so bei SH-Power, dem Tiefbauamt, dem Forstamt oder bei der Stadtgärtnerei. Oder kehren wir den Spiess um. Ebenso absurd wäre es wohl zu verlangen, in den Kindergärten und Unterstufen der Volksschule müssten 35% männliche Lehrkräfte eingestellt werden, in der heutigen Zeit wohl ebenfalls ein Ziel, das nie und nimmer erreicht werden kann, und zwar deshalb, weil auf dem Markt diese männlichen Lehrkräfte schlicht nicht vorhanden sind.

Nun noch einige Gedanken zu den vorgeschlagenen oder bereits getroffenen Massnahmen des Stadtrates:

Wir lehnen die Formulierung der Zielvorgabe von 35 Prozent vehement ab. Aus unserer Sicht gilt es, die Kaderstellen mit der dafür am besten geeigneten Person zu besetzen. Zudem hat der Stadtrat ja selbst aufgezeigt, in welchen Bereichen diese Zielvorgabe heute schon übertroffen sind, nämlich in den pflegerischen Berufen, also den klassischen Frauenberufen. In technischen Berufen wird dies auf längere Sicht schlicht nicht gelingen, weil zu wenige Frauen diese Berufe erlernen.

Ob das anvisierte Ziel besser umgesetzt und erreicht werden kann, wenn die Personalpolitik schriftlich formuliert und in den Legislaturzielen verankert ist, bezweifeln wir. Gespannt sind wir insbesondere auch, ob dieses Positionspapier auch Forderungen, sprich Pflichten, enthält, welche der Stadtrat den Angestellten auferlegt, denn liest man die aufgelisteten Themen unter Punkt 2.1. auf Seite 3 durch, kommt leicht der Eindruck auf, die Stadt als Arbeitgeberin hätte nur Pflichten, nicht aber die Angestellten der Stadt gegenüber.

Wir meinen, es hängt schlicht von Angebot und Nachfrage ab, ob eine Stelle besetzt werden kann. Die Softfaktoren spielen dabei eine völlig untergeordnete Rolle. Wir glauben, jeder Vorgesetzte handelt bei Einstellungen heute schon so, dass er die Person mit den besten Voraussetzungen bzw. Qualifikationen für die Stelle einstellt. Aus unserer Sicht spielt das Geschlecht eine untergeordnete Rolle, matchentscheidend sind die Qualifikation und die Bereitschaft, zum angebotenen Lohn die Stelle anzunehmen. Und nochmals, ob sich der heutige Stadtpräsident bei der Einstellung des Bereichsleiters Finanzen an die Zielvorgaben gehalten hätte, hätte es sie im damaligen Zeitpunkt schon gegeben und nur um dieser Zielvorgabe willen eine Frau eingestellt, bezweifeln wir. Deshalb ist die Feststellung einer Zielvorgabe aus unserer Sicht schlicht unnötig und führt nur zu Fehlentscheiden.

Dass sich bei der Besoldung zwischen Frau und Mann bei gleicher Qualifikation kein Unterschied rechtfertigen darf, können wir unterschreiben, auch dies meinen wir, ist heute in der Verwaltung bereits Standard.

Ob man mit neuen Rekrutierungskanälen, via Frauennetzwerken oder Frauenverbänden, Frauen eher motivieren kann, sich für eine Kaderstelle zu bewerben, bezweifeln wir. Meines Erachtens sind genau diese Frauen „Mann's“ genug, sich selbständig auf ausgeschriebene Stellen zu bewerben. Und aus persönlicher Erfahrung weiss ich, dass sich Frauen wie Männer heute schon auf Inserate, sei es in der Presse oder dem Internet, bewerben.

Dass Mitarbeitenden, sei es Frauen wie Männern, auf Gesuch hin nach Möglichkeit unbezahlte Elternurlaube zugestanden werden, ist für uns in Ordnung. Nicht einverstanden sind wir mit der Übernahme der Arbeitgeberprämie an die Pensionskasse in solchen Fällen. Wir meinen, Kinderkriegen lässt sich planen. Wenn nicht, so dauert es im Normalfall neun Monate, bis diese das Licht der Welt erblicken,

ein genügend langer Zeitraum meinen wir, in welchen sich insbesondere Väter überlegen können, ob sie während eines längeren Zeitraums zuhause bleiben möchten. Und dazu steht ihnen heute schon die Möglichkeit von zusätzlichen Freitagen im Rahmen des Jahreszeitarbeitsmodells oder durch Umwandlung des 13. Gehalts in Ferien offen. Nach meiner Berechnung, wobei ich mich dabei auf die kantonale Regelung stütze und voraussetze, dass diese in etwa auch für die Stadt gilt, stehen einem jungen Mitarbeiter heute mit diesen Modellen (Vaterschaftsurlaub, ordentliche Ferien, Ferien zu Lasten Jahresarbeitszeit, Umwandlung 13. Monatslohn) rund 70 Ferientage, entsprechend 14 Arbeitswochen im Jahr zur Verfügung, welche, mit Ausnahme des umgewandelten 13. Monatslohnes, vollständig Pensionskassen versichert sind.

Von Teilzeitarbeit leitender Angestellten halten wir nicht viel. Dies fordert wesentlich mehr Aufwand und Umtriebe für Vorgesetzte und Verwaltung in der Koordination und in Absprachen. Unser Ratsmitglied Edgar Zehnder hat sich anlässlich der Überweisung dieses Postulats ausführlich dazu geäußert.

Auch der Möglichkeit, die Arbeit von zu Hause aus, im Home-Office, auszuführen, stehen wir eher skeptisch gegenüber. Ganz abgesehen davon, dass dies auch nur an ganz wenigen Stellen möglich ist. Denkbar wäre dies beispielsweise für eine Protokollführerstelle oder für eine Stelle in der Rechtsberatung. Undenkbar für uns aber in all jenen Bereichen, in welcher der Datenschutz nicht so ganz einfach zu bewerkstelligen ist, das heisst. dort, wo zum Beispiel Belege verbucht oder taxiert werden müssen, wie auch bei den Stellen von Pflegeberufen, wo die Arbeit eben am Menschen, in den Altersheimen anfällt oder bei Stellen mit Schalterbetrieb.

Nicht einverstanden erklären können wir uns auch mit dem Vorhaben, Kinderkrippenplätze- und Hortplätze für städtische Angestellte zusätzlich zu subventionieren. Es geht nicht an, dass Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die vielleicht selbst Kinder haben und diese in die Krippen geben, mit ihren Steuergeldern für Krippenplätze von städtischen Angestellten aufzukommen haben. Ich habe bereits anlässlich der Budgetberatung darauf hingewiesen, die Schere zwischen den Anstellungsbedingungen städtischer Angestellten und den Angestellten des lokalen Gewerbes würde ständig mehr aufgehen. Dieser Tendenz gilt es Einhalt zu bieten.

Zusammenfassend, wir können mit diesen Ideen, die in diesem Bericht stehen, nichts anfangen. Nachdem es sich hier um ein Postulat, von welchem der Rat gemäss Antrag eins lediglich Kenntnis nimmt und gemäss Antrag zwei als erledigt abschreibt, handelt und nachdem wir seinerzeit dieses Postulat nicht unterstützt haben und uns der Inhalt des Berichts des Stadtrates viel zu weit geht, wird sich die SVP/EDU-Fraktion der Stimme enthalten."

René Schmidt (GLP)

ÖBS/GLP/CVP/EVP-Fraktionserklärung

"Nach der kühlen und kritischen Stellungnahme der SVP/EDU-Fraktion kommt jetzt wieder der Frühling. Sprich, ein frauenförderndes Tauwetter in den Saal. Mit einem erfolgsversprechenden Massnahmenbündel will der Stadtrat den Frauenanteil in Führungsfunktionen erhöhen. Seine optimistische Botschaft heisst: So gelingt's. Die Massnahmen reichen von der Rekrutierung und Personalentwicklung über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Flexibilisierung der Arbeitszeit bis hin zu Führung und Unternehmenskultur. Der Stadtrat anerkennt den Handlungsbedarf für die städtische Verwaltung. Dies würdigt zu Recht die Arbeit der Frauen.

Aus Sicht unserer Fraktion liegt die Herausforderung nicht primär darin, dass es an Erkenntnissen fehlt, wie der Zugang von Frauen zu Leitungsstellen verbessert werden könnte, sondern vor allem in der mangelnden Bekanntheit und der noch wenig konsequenten Umsetzung von Massnahmen in der Verwaltung und den Betrieben.

Gut qualifizierte Frauen gehören ebenso wie Männer in die Führungspositionen. Das haben wir schon von der GPK-Sprecherin Katrin Hauser-Lauber gehört, und darin sind wir uns alle einig. Frauen können mit Stolz feststellen dass sie, was die Ausbildung anbelangt, den Männern in nichts nachstehen. Studien zeigen, dass 20- bis 30-jährige Frauen sogar besser ausgebildet sind. Aber leider ist es mit der Ausbildung allein nicht gemacht. Wir wissen es: Es sind immer noch viele Chefetagen und Gremien – wie auch unser Stadtrat - männerlastig.

Frauen betrachten, wenn es um eine Bewerbung geht, nicht nur den Karriereschritt allein, sondern sie beziehen auch oft die Work-Live-Balance mit ein. Und ich glaube, da sind wir uns auch einig: In den Kaderpositionen, wie sie heute bestehen, ist diese Work-Live-Balance manchmal nicht so wahnsinnig „gluschtig“. Deshalb kann ich mir gut vorstellen, dass selbst gut ausgebildete Frauen zurückhaltend sind, sich in Chefetagen zu bewegen. Das kann sich allerdings ändern, wenn eben mehr Frauen dort oben sind und Einfluss nehmen können auf diese Work-Live-Balance, die auch in Führungsgremien wichtig ist. Davon würden nicht nur Frauen, sondern auch Männer profitieren, die neben einer Karriere auch ein Familienleben möchten. Es könnte eine Teppichetage entstehen, die Kinder als Normalfall und nicht als Störfall definiert. Nicht zuletzt mit Blick auf die demographische Kurve ist es dafür höchste Zeit.

Der Bericht des Stadtrates zeigt viele gute Massnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf (z.B. strategische Ziele, Indikatoren für wiederkehrendes Controlling). Er bringt aber für einen Teil unserer Fraktion zu wenig Fassbares. Vieles steht in der Konjunktivform “der SR möchte / beabsichtigt” usw.. Ein Teil der Fraktion findet, dass das Postulat erst abgeschrieben werden sollte, wenn der Stadtrat die angekündigte Verankerung vorweisen kann zum Beispiel in der Personalpolitik und in den Legislaturzielen gemäss Abschnitt 2.1 / 2.2.

Die unter Abschnitt 3 erwähnten Massnahmen wie faire, gerechte Löhne, verbesserte Kommunikation sowie Mutterschaftsurlaub sind zwar fortschrittlich, bringen aber kaum mehr Frauen an die Spitzen der Verwaltung.

Zu Massnahme 4.1:

Flexible Arbeitsmodelle und Teilzeit sind eine zentrale Voraussetzung zur Erhöhung des Frauenanteils im Kader, die hier aufgeführten Massnahmen sind entsprechend wichtig. Was noch fehlt, ist eine Aussage zu Co-Leitungen. Es gibt jetzt schon einen Anteil an Teilzeit im Kader. Klar ist aber, dass es keine 20- oder 30%-Stellen im Kader gibt und wohl auch nicht geben wird. Aber wir werden im Rahmen der Umsetzung der Frauenquote noch verstärkt auf Familienfreundlichkeit achten – auch für die Männer

Zu Massnahme 4.2:

Die Idee des Home-Office hat in den vergangenen Jahren vor allem bei Grossfirmen Einzug gehalten und ist meist Teil von neuen Organisationskonzepten. Für die Angestellten heisst das: Es gibt mehr Grossraumbüros, weniger fixe Arbeitsplätze. Eine Umstellung, die im bestehenden Raumangebot nicht so einfach zu realisieren ist. Zudem eignen sich längere Abwesenheiten vom Arbeitsplatz für Kaderpersonal wohl weniger.

Zu Massnahme 4.3:

Angebote für ausserfamiliäre Kinderbetreuung sind ebenfalls zentral. Aus unserer Sicht sollte hier aber die Stadt den Fokus darauf legen, Angebote für alle Schaffhauser Familien zu schaffen. Gegenüber Vergünstigungen für die städtischen Mitarbeitenden sind wir eher skeptisch.

Die Massnahmen 4.4 - 4.6 können flankierend und mit Augenmass eine positive Wirkung erzielen, wenn sie gemäss den jeweiligen Voraussetzungen in den Bereichen umgesetzt werden. Aber was konkret gemacht wird (oder ob es bei der reinen Absichtserklärung bleibt), ist nach dem Bericht offen. Eine Möglichkeit wäre hier auch die Zusammenarbeit mit dem Kanton (oder mit anderen Städten), zum Beispiel beim Mentoring.

3. Frauenquote als Zielvorgabe

Auch laut kürzlicher Mitteilung von Bundesrätin Sommaruga führt die Selbstregulierung bei der Beschäftigung von Frauen nicht zum Ziel. Rollenmuster verhindern teilweise, dass Führungspositionen durch die dafür geeignetsten Personen besetzt werden. Konkrete von Firmen gesetzte Quotenziele können dazu beitragen, den Frauenanteil in Schlüsselpositionen zu erhöhen. Die angestrebte Frauenquote von 35% ist ein starker, aber wichtiger Eingriff in die Personalpolitik. Trotz allem soll die Leistung entscheidend sein und nicht das Geschlecht.

Die geplanten Massnahmen der Stadt scheinen zielführend und gut aufgestellt. In Bezug auf die Vertretung von Frauen in Führungspositionen muss berücksichtigt werden, dass es sich bei der Gleichstellung von Frau und Mann um einen dynamischen Prozess handelt, der Zeit braucht. Unterschwellig geht wohl die Angst um, künftig werde die Stadt zugunsten von weniger fähigen Frauen – eben „Quotenfrauen“ – auf fähigere Männer verzichten, damit die Quote stimmt. Unabhängig davon, wie das Postulat umgesetzt wird, wird es keine Entlassungen von Männern geben. Die Qualifikation bleibt auch künftig das erste Auswahlkriterium – wir brauchen eine leistungsstarke Verwaltung, welche die Potenziale von Frauen und Männern nutzt. Auch von „Quotenfrauen“.

Eine mehrheitliche Unterstützung unserer Fraktion zum Antrag 1 ist zu erwarten, hingegen besteht eine geteilte Meinung zum Antrag 2. “

Peter Möller (SP)

SP/JUSO-Fraktionserklärung

”Danke Katrin Hauser-Lauber für die ausführliche Vorstellung der Vorlage und für die Schilderung der Behandlung in der GPK. Sie hat dies so gut getan, dass es eigentlich nichts mehr zu ergänzen gibt. Insbesondere wurden auch von verschiedenen Rednern und Rednerinnen die einzelnen im Bericht erwähnten Massnahmen schon ausführlich vorgestellt.

Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt die im Bericht erwähnten Massnahmen und die Anträge des Stadtrats und ist insbesondere froh darüber, und wir begrüssen das sehr, die Öffnung auf eine allgemeine bessere Familienverträglichkeit der Arbeitsbedingungen in der Stadt und damit auch die Attraktivierung der Stadt als Arbeitgeberin. Ich sehe heute eigentlich keinen grossen Sinn darin, um wie die SVP eigentlich, welche das Postulat auch schon abgelehnt hat, hier nun nochmals über das Postulat selber zu sprechen. Denn das haben wir vor zwei Jahren gemacht und wir haben das Postulat überwiesen. Manchmal verliert man, manchmal gewinnt man und dann muss man sich auch damit abfinden.

Womit wir gar nicht einverstanden sind, sind Ideen, die ich bei der SVP herausgespürt habe, dass nun mit einem angeblich anderen Mehrheitsverhältnis im Stadtrat, an den Arbeitsbedingungen der städtischen Angestellten geschraubt werden soll. Da sind wir nicht einverstanden und das ist mit uns nicht zu machen. Das aber nur neben bei.

Kurzes Fazit: Die SVP/JUSO-Fraktion wird auf den Bericht eintreten und den Anträgen, soviel ich weiss, zustimmen."

SR Peter Neukomm

Stellungnahme des Stadtrats

"Ich danke der GPK für die sorgfältige und ernsthafte Beratung sowie die grundsätzlich positive Aufnahme unseres Berichts vom 21. Oktober 2014. Ich danke im speziellen der GPK-Sprecherin Katrin Hauser-Lauber für ihre umfassende und sehr sorgfältige Berichterstattung. Wie Sie daraus entnehmen können, steht der Stadtrat hinter dem Ziel, den Frauenanteil im Kader zu erhöhen. Die ambitionierte Zielmarke liegt bei 35%. Es geht also nicht um eine starre Quote. Es gibt Leute in diesem Saal, die haben aufgrund ihrer ideologischen Scheuklappen noch nicht einmal den Unterschied zwischen Quote und Ziel verstanden. Wie dem auch sei, ich komme später darauf zurück. Aber es ist ein Problem, wenn man primär ideologisch argumentiert.

Es wird also auch keine Quotenfrauen geben, darauf hat auch die Sprecherin der GPK zu Recht hingewiesen. Und - das muss man auch zur Ehrrettung der Postulantin sagen - sie hat nie von einer starren Quote gesprochen. Wenn man das ihr jetzt hier unterstellt, dann ist das einfach unlauter.

Natürlich können wir keine Wunder bewirken, sondern nur einen Beitrag an die Rahmenbedingungen leisten. Schlussendlich sind die Frauen selber auch immer gefordert. Sie müssen auch wollen. Wir haben mit unserem Bericht aber versucht, die Anliegen des am 27. November 2012 von diesem Rat überwiesenen Postulats ernst zu nehmen. Und ich gehe davon aus, dass die demokratischen Spielregeln immer noch so sind, dass überwiesene Vorstösse auch ernst zu nehmen sind.

Dabei geht es nicht primär um die Gleichbehandlung der Geschlechter, das wurde auch zu Recht festgehalten, sondern es geht um mehr. Es geht darum, und das habe ich an dieser Diskussion etwas vermisst, unseren Auftrag, den wir von der Bevölkerung erhalten haben, zu erfüllen. Und es geht darum, dass wir sicherzustellen haben, dass die wichtigen Dienstleistungen auf die unsere Bevölkerung angewiesen ist, auch in Zukunft in möglicher guter Qualität erbracht werden können. Hierzu braucht es das nötige Fachpersonal. Und weil wir mit einem sich weiter akzentuierenden Fachkräftemangel konfrontiert sind, müssen wir uns jetzt für die Zukunft rüsten. Wie heisst es doch so schön: „Gouverner, c'est prévoir“.

Aufgrund der demografischen Entwicklung, die bei uns noch virulenter ist als in der übrigen Schweiz - das wissen Sie - sowie wegen der absehbaren Einschränkungen, die sich mit der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative abzeichnen, wird sich der bereits heute festzustellende Fachkräftemangel künftig weiter noch verschärfen. Das beschäftigt nicht nur ein paar Linke oder die Stadt Schaffhausen, das beschäftigt alle Arbeitgeber in unserem Land. Deshalb heisst das unbestrittene Motto für die Zukunft: Bessere Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzial.

Auch der Bund hat hier seine Bemühungen zu Recht verstärkt. In einer Stellungnahme auf eine Motion von Brigitte Häberli-Koller vom 24. September 2014 hielt der Bundesrat am 5. Dezember 2014 Folgendes fest:

„Der Bundesrat hat bereits 2011 im Hinblick auf die demografische Entwicklung die Fachkräfteinitiative lanciert. Nach der Annahme der Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung hat er am 19. September 2014 beschlossen, die Fachkräfteinitiative zu intensivieren und neue Massnahmen in die Wege zu leiten. Im Zentrum stehen dabei Massnahmen im Bildungsbereich wie auch zur Förderung weiblicher und älterer Arbeitskräfte. (...) Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, unterstützte der Bundesrat die Verlängerung des Impulsprogramms zur Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen (...). Er hat weiter eine Arbeitsgruppe beauftragt, zusammen mit den Kantonen bis Ende Juni 2015 Fragen bezüglich der Finanzierung von Tagesstrukturen im Schulbereich zu klären.“

Auch die Arbeitgeber haben festgestellt, dass sie in diesem Bereich aktiv werden müssen. Swissmem Präsident Hans Hess hat am 20. August 2014 an der Halbjahresmedienkonferenz seines Verbandes folgendes erklärt:

„Vor dem 9. Februar 2014 sorgten wir uns vor allem um die demografische Entwicklung. Die Schweizer Erwerbsbevölkerung altert und parallel dazu hat die Geburtenrate abgenommen.“ (Es ist leider auch in der Stadt Schaffhausen so, dass nach wie vor mehr Leute sterben als auf die Welt kommen). „Dies wird zwangsläufig zu einem Defizit an Arbeitskräften führen. Das zwingt die Unternehmen, fehlende Fachleute im Ausland zu rekrutieren. Bis zum 9. Februar 2014 stand die Türe zum europäischen Arbeitsmarkt weit offen. Das Schweizer Volk hat diese Türe nun teilweise geschlossen. Damit hat das Thema Fachkräftemangel eine neue Dimension angenommen.“

Alle Branchen sind gefordert. Wir müssen das inländische Arbeitskräftepotenzial noch besser nutzen als in der Vergangenheit. Swissmem hat deshalb in Zusammenarbeit mit Vertretern der Mitgliederfirmen die Arbeiten an der Fachkräftestrategie in den vergangenen Monaten massiv intensiviert.“

Und wenn Sie diese Strategie anschauen, dann - Überraschung - es sind ähnliche Massnahmen, wie wir in unserem Bericht vorschlagen. Das sind extrem linke Leute, die das vorschlagen. Einfach, um nochmals auf das Thema zurück zu kommen, es heisst hier in der Fachkräftestrategie unter dem Titel „B Frauen/Familien“:

„Es muss das Ziel sein, die Zahl der Frauen in der MEM-Industrie deutlich zu erhöhen. Die häufigsten Aussagen dazu sind, dass Frauen mit Kindern das Privatleben mit dem Beruf in Einklang bringen wollen. Zudem bemängeln Frauen das Angebot an strukturierter Kinderbetreuung oder die zu hohen mit einer Betreuung verbundenen Kosten. Ebenso betonen die befragten Mütter grosse Schwierigkeiten, die Arbeit nach einem Mutterschaftsunterbruch wieder aufzunehmen. Schwierig sei aufgrund des geringen Frauenanteils in der Branche die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch.“

Das tönt alles bekannt, wenn Sie unseren Bericht gelesen haben. Das sagt der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie:

„Auf dem Weg, mehr Frauen für die Industrie zu gewinnen, vertraut Swissmem deshalb auf vier Säulen. Die ersten beiden heissen:

1. Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.
2. Kinderbetreuung fördern.

Es finden sich darin interessante Parallelen zu den in unserem Bericht aufgeführten

Massnahmen. Ich zitiere noch ein letztes Mal: „Die Unternehmen müssen Wege finden, wie sie für das Bedürfnis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Familie und Beruf in Einklang zu bringen, Lösungen anbieten können. Dieses Bedürfnis beschränkt sich nicht nur auf Frauen. Den Männern ist dies genauso wichtig.“

Wir sind also mit unseren bereits bestehenden und unseren geplanten Massnahmen in bester Gesellschaft. Ich werde nicht auf die einzelnen Massnahmen, die im Bericht aufgeführt sind, eingehen. Ich gehe davon aus, dass Sie den Bericht gelesen haben und danke den meisten Rednerinnen und Rednern, die hier positive Aspekte gesehen haben. Wir haben wirklich versucht, hier einen Strauss von Massnahmen zusammen zu stellen, der uns weiter bringen kann. Der grösste Teil ist bereits umgesetzt oder die Umsetzung liegt im Zuständigkeitsbereich des Stadtrats.

Es wird vor allem eine Massnahme sein, welche aufgrund von allenfalls zu erwartenden Kostenfolgen noch vom Grosse Stadtrat beschlossen werden muss. Es geht um Ziff. 4.3 auf Seite 6, um einen Beitrag an die ausserfamiliäre Kinderbetreuung für die Mitarbeitenden der Stadt. Diesem Instrument kommt eine immer grössere Bedeutung zu, wenn es um die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht. Das hat sich auch bei den Stellungnahmen gezeigt, welche die Bereichsleitenden der Stadt, also die Vorgesetzten, im Hinblick auf die Berichtserstellung zum Postulat Thommen abgegeben haben.

Auch wenn wir in unserem Land bereits eine hohe Erwerbsquote haben, gibt es bei den Frauen, die heute oftmals eine gute Bildung genossen haben, ein erhebliches Potenzial an zusätzlichen, wertvollen Personalressourcen. Diese gilt es besser auszuschöpfen. Hierzu werden attraktive Angebote ausserfamiliärer Kinderbetreuung von immer mehr Unternehmen als wichtiges Instrument des Personalmarketings eingesetzt, übrigens auch vom Kanton Schaffhausen und nicht nur von den Unternehmen der Privatwirtschaft. Um die, je nach gewähltem Beitragsmodell entstehenden Kosten besser abschätzen zu können - das haben wir geschrieben im Bericht - läuft beim städtischen Personal eine Umfrage. Die Ergebnisse sollen Aufschluss darüber geben, wie viele Mitarbeitende allenfalls einen Beitrag beanspruchen würden. Wir gehen davon aus, dass wir Ihnen noch im Laufe dieses Jahres mit einer Vorlage einen Vorschlag unterbreiten können. Dann sind Sie wieder am Zug und können entscheiden, ob Sie das wollen oder nicht.

Ich ersuche Sie im Namen des Stadtrats, den Anträgen der GPK zu folgen und das Postulat von Christine Thommen vom 30. Oktober 2012 abzuschreiben.

Nun noch ein paar Bemerkungen zu meinen Vorrednern. Bea Will hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es ein breites Instrumentarium braucht. Es gibt kein Allerweltsmittel, das uns hier die Lösung bringt, wie wir einerseits mehr Frauen in Führungspositionen bringen, andererseits das Ressourcenpotential der Frauen noch besser ausschöpfen zu können. Das gibt es nicht. Zudem spielt immer auch - und darauf hat sie auch zu Recht hingewiesen - die Unternehmenskultur eine ganz wichtige Rolle. Ich bin froh, dass wir nicht Leute haben wie Hermann Schlatter bei unseren Vorgesetzten. Wir brauchen eine andere Unternehmenskultur, das muss ich Ihnen sagen, wenn wir für Frauen attraktiv sein wollen.

Da besteht aber auch immer noch Entwicklungspotential bei der Stadt, das kann ich Ihnen sagen, das wurde zu Recht gesagt. Wir versuchen, dieses Entwicklungspotential zu nutzen und hoffen, dass wir auch hier einen Kulturwandel schaffen. Da sind die Vorgesetzten gefordert, bis und mit dem Stadtrat.

Was noch zusätzlich von Bea Will gefordert wurde, ist das Monitoring. Das ist eine gute Idee, aber ich denke, dass wir das problemlos mit relativ bescheidenem Aufwand über den Verwaltungsbericht jährlich liefern können. Da braucht es keine zusätzlichen Berichte, wir wehren uns da nicht dagegen.

Nun noch eine Bemerkung zu Hermann Schlatter: Sie enttäuschen mich. Der ideologische Rundumschlag hat, wie gesagt, Ihnen die Augen verschlossen. Sie sehen nicht einmal den Unterschied zwischen Quote und Ziel. Es geht nicht um Familienförderung nach linkem Muster, ich habe Ihnen das jetzt aufgezeigt. Unsere Stossrichtung ist in eine Breite, die auch von anderen öffentlichen Unternehmen geführt wird.

Offensichtlich ging es darum, mich lächerlich zu machen und mich persönlich anzugreifen und unglaublich zu machen, weil ich einen Mann als Finanzchef gewählt habe. Dieser Stil gehört nicht in diesen Saal. Sie wissen ganz genau, weshalb wir diesen Mann gewählt haben. Wir hatten keine Frau unter den letzten drei Bewerbern, die diese Qualifikationen mitbrachte. Ralph Kolb war übrigens der erste Mann in diesem Bereich. Als er angestellt wurde, hatte es nur Frauen in diesem Bereich. Hier implizite Vorwürfe gegen die Stadt zu machen, wir seien hier nicht glaubwürdig, wenn wir einen Mann einstellen. Dann muss ich Ihnen sagen, das tut mir leid, denn wenn Sie wissen, dass in diesem Bereich sonst nur Frauen gearbeitet haben, können Sie selber ersehen, wie absurd dieser Vorwurf ist.

Zum Schluss noch etwas, das ich auch nicht ganz in Ordnung finde, wenn man den Eindruck erweckt, dass man bei der Stadt Leistungen beanspruchen könne, die man sonst an keinem anderen Ort beanspruchen kann. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Übernahme der Arbeitgeberbeiträge bei unbezahltem Familienurlaub gemäss Gesetz gelebt wird. Dieses Gesetz ist bei der Stadt wie auch beim Kanton das genau gleiche. Es ist also klar geregelt, wie lange man beim Arbeitgeber schon gearbeitet haben muss, um in den Genuss zu kommen, dass man bei einem unbezahlten Familienurlaub diese Arbeitgeberbeiträge bezahlt bekommt. Das hat der Gesetzgeber festgelegt. Wenn einem das nicht passt, dann muss man eben beim Gesetzgeber vorstellig werden. Das ist nicht eine Sache, die der Stadtrat zu verantworten hat. Ich finde es aber eine gute Regelung. Das ist beim Kanton und der Stadt gleich geregelt. Und wenn man hier den Eindruck erwecken will, dass bei der Stadt die Leute 70 Tage Ferien beziehen können, dann ist das schlicht Stimmungsmache und entbehrt jeglicher Grundlage. Da will man einen falschen Eindruck erwecken.

Ich sage Ihnen folgendes: Wir haben sehr dünne Personaldeckung. Bei uns ist es nicht einmal möglich, in vielen Abteilungen und Bereichen den 13. umwandeln zu lassen, weil wir so knapp sind mit den Personalressourcen. Also hier so zu tun, als wenn bei uns Leute 70 Ferientage beziehen können - bringen Sie mir ein Beispiel von jemandem, der 70 Ferientage bezogen hat. Dann können wir das bilateral besprechen. Wir sind hier auch an die gesetzlichen Vorgaben gebunden und diese halten wir ein. Das kann ich Ihnen hier versichern."

Walter Hotz (SVP)

Votum

"Es gibt kein allgemein verbindliches Modell der Rollenverteilung. Wie dem auch sei. Es gibt mehrere politische Anschauungen und Theorien, deren Gemeinsamkeit darin liegt, im Staat das Regulativ für beispielsweise wirtschaftliches und soziales Leben zu sehen. Dass die Diskriminierungstheorie vieles für sich hat, ist für mich unbestritten. Es sind mehr Hexen verbrannt worden als Hexer. Aber auf den Schlachtfeldern der Kriege

sind mehr unschuldige Männer zum Opfer geworden. In beiden Fällen waren und sind es hierarchische Organisationen, welche die Brutalitäten inszeniert und organisiert haben. Darum sage ich: "Frauen, hütet Euch vor den politischen, etatistischen und zentralistischen Strukturen".

Bei diesem Bericht müssen wir uns doch die Frage stellen: Ist die These "Mehr Frauen in der Chefetage der städtischen Verwaltung" heute noch aktuell? Oder anders gefragt: Ist die Diskriminierungsthese heute noch aktuell? Viele Frauen empfinden allein schon diese Frage als zynisch. Sie verweisen zum Beispiel auf das "Lohngefälle", ohne mit einzubeziehen, wieviel daran allenfalls auf individuellen Präferenzen und Optionen und nicht auf Diskriminierung beruht. Ein anderer Indikator sind auch die Umverteilungsströme, beispielsweise in der Sozial- und Krankenversicherung, oder - was genau messbar ist - die Lebensdauer. Es würde noch viel mehr Beispiele geben.

Ob ein Frauenleben die Hölle ist und ein Männerleben ein Schlaraffenland auf dem Buckel ausgenutzter Frauen, wie dies einige feministische Fundamentalistinnen behaupten, weiss ich nicht. Was ich jedoch weiss, ist, dass es immer noch viele intelligente Frauen gibt, bei denen die traditionelle eheliche Partnerschaft immer noch vorhanden ist.

Wie dem auch sei, die Hoffnung des Stadtrats, der mit diesem Bericht meint, man können nun die Politik mobilisieren, um all die "tatsächlich festgestellten Diskriminierungen" in "Gleichstellung" zu verwandeln, basiert auf einer irrtümlichen Vermutung. Der Stadtrat glaubt, dass ein, von der personell überdotierten Personalabteilung, wissenschaftlich erarbeiteter Bericht zur Förderung der Familienfreundlichkeit der Stadt als Arbeitgeberin, insbesondere zur Erhöhung des Anteils von Frauen im Kader der Stadtverwaltung das "richtige Modell" des gedeihlichen Zusammenwirkens von Frauen und Männern gebe, dass man nur noch in Gesetze kleiden müsse und dann mit Zuckerbrot und Peitsche, mit Subventionen, Renten, Quoten und mit Kontrolle und allenfalls noch mit Strafandrohungen von staatlicher Seite durchzusetzen habe.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir leben doch in einem liberalen Staat, der sich so wenig wie möglich in die persönlichen Angelegenheiten seiner Bürgerinnen und Bürger einmischen darf, und aus liberaler Sicht ist wohl die Frage der partnerschaftsinternen Arbeits- und Rollenteilung zu diesem Kernbereich des Privaten zu zählen.

Die Anträge in diesem Bericht sind deutlich abzulehnen und nicht der Stimme zu enthalten, weil wir keine allgemeinverbindlichen staatlichen Zwangsnormen brauchen. Zwingende "Gleichstellung" bedeutet "mehr Verwaltung" von noch mehr Interventionen und Regulierungen."

Iren Eichenberger (ÖBS)

Votum

"Mit Walter Hotz bin ich insofern einig, dass es tatsächlich tragisch ist, wenn Männer auf dem Schlachtfeld ihr Leben verlieren. Aber ich muss Ihnen sagen, mindestens so viele Frauen wurden neben dem Schlachtfeld vergewaltigt. Und das ist ebenso schlimm.

Ich möchte aber eigentlich etwas zu den Zweiflern dieser Vorlage sagen, die eben fürchten um die zarten Frauenseelen. Und da muss ich ein Beispiel hier anführen und sagen, im sozialen Bereich hat man die Frauen schon längstens entdeckt. Und zwar

als Präsidentinnen, als ehrenamtliche Vorsteherinnen von Vereinen und Betrieben, etc. Da leisten sie grosse Arbeit im sozialen Bereich und entlasten den Staat. Das haben sie immer gemacht, und das sind nicht linke "Gspürsch mi"-Frauen. Erstens haben sie selten ein "Gspürsch mi"-Seminar besucht, sondern wohl eher einen Selbstverteidigungs-Kurs in diesem rauen Klima. Diese Frauen stehen ihren Mann, wie man so sagt. Sie verhandeln hart mit Behörden, kämpfen um Gelder und das Überleben dieser Angebote, die eben wichtig sind für ganz viele Menschen. Das sei hier auch gesagt, aber das ist natürlich alles ehrenamtliche Gratisarbeit, und die überlässt man diesen Frauen gerne.

Ganz besonders Hermann Schlatter möchte ich aber noch sagen, zu dem, was Sie uns hier angeführt haben: Eigentlich müssten Sie nur Ihre eigene Partei anschauen. Da stellen Sie nämlich die eigenen Frauen in den Schatten. Wer sitzt hier? Eure Kollegin als oberste Verantwortliche des Grossen Stadtrates, Oberrichterin Dr. Cornelia Stamm Hurter. Wer sitzt im Kanton an oberster Stelle als Finanzdirektorin? Und sie ist weiss Gott nicht zimperlich und fürchtet nichts. Sie wagt es sogar, Steuererhöhungen anzukünden. Das ist unsere Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel, vor der ich grosse Achtung habe. Dann gibt es noch ein drittes Beispiel, das ist dann die Bundesebene - wer hat die UBS gerettet? Das war eine frühere SVP-, heutige BGP-Frau, die im Bundesrat sitzt und Widmer-Schlumpf heisst. "

Dr. Katrin Bernath (GLP)

Votum

"Nach den zum Teil vereinfachten Sichtweisen, die wir hier gehört haben, möchte ich doch ein paar differenzierte Argumente entgegenen. Ich kann es nicht sein lassen, da einfach sitzen zu bleiben und mich zudem noch zur Frage zu äussern, ob das Postulat abgeschrieben werden soll oder nicht.

Es geht eben bei der Frage "Mehr Frauen in Führungspositionen" nicht nur um den Entscheid bei der Besetzung von Kaderstellen, sondern es geht um die Frage, wer sich für eine solche bewirbt. Dies wiederum ist von einer Reihe von Faktoren abhängig, darauf möchte ich jetzt nicht noch einmal auf alles eingehen. Ich denke, ein Teil davon ist im Bericht aufgezeigt und wer sich mit dem Thema etwas auseinandersetzt, der kennt auch weitere Faktoren.

Ich bin ehrlich gesagt erstaunt darüber, was wir hier zum Teil für Ansichten, zum Beispiel auch zu Teilzeit, gehört haben. Diese Ansichten sind wirklich einer Welt von gestern zuzuordnen. Was im Bericht des Stadtrates steht ist "State of the art", was einer heutigen Personalpolitik entspricht. Dies sage ich auch aufgrund von Erkenntnissen, die ich durch die intensive Auseinandersetzung mit diesen Themen der Personalentwicklung in einem mittelgrossen Unternehmen habe.

In diesem Sinne erwarte ich, dass der Stadtrat den eingeschlagenen Weg konsequent weiter geht und die aufgezeigten Massnahmen umsetzt. Die Positionierung als attraktive Arbeitgeberin für alle, das heisst für Frauen und für Männer, für Junge und für Alte, ist schliesslich keine Frage einer politischen Ausrichtung des Stadtrates, sondern die Pflicht einer vorausschauenden Führung.

Nun noch zur Frage, ob das Postulat abgeschrieben werden soll. Ich bin da eher ein bisschen skeptisch. Aber nach Bekräftigung des Stadtrates, dass einige Massnahmen bereits in Umsetzung sind, kann ich mich dem Antrag anschliessen, das Postulat abzuschreiben. Wir werden aber die Entwicklung genau im Auge behalten und sind gespannt auf die Berichterstattung anhand der genannten Kennzahlen."

Hermann Schlatter (SVP)

Votum

”Ich habe den Eindruck, ich bin da völlig falsch verstanden worden und stehe jetzt hier, als wäre ich irgendein Frauengegner. Zu unserem Beispiel: Das ist unsere Präsidentin, sie ist ohne Soft-Faktoren zu dem gekommen, was sie hat und was sie gemacht hat. Sie hat sich selbst in der Familie organisiert und es ist gegangen. Das habe ich mehr oder weniger gesagt.

Ich habe heute zehn Unterstellte, drei davon sind Frauen. Ich bin daran, zwei weitere Stellen zu besetzen und voraussichtlich werden dies vermutlich wieder Frauen sein, weil sich im Moment sehr viele Frauen bewerben. Ich weiss gar nicht, warum mir da unterstellt wird, ich wäre gegen Frauen.

In Hemmental hatte ich nur Gemeindeschreiberinnen. Warum hatte ich nur Gemeindeschreiberinnen? Weil sich keine Männer beworben haben. Und ich habe sehr gut mit diesen Frauen gearbeitet. Ich bin ja gar nicht dagegen. Aber wir sind der Meinung, man kann nicht festsetzen mit einer Quote und mit einem Ziel, es müssen jetzt Frauen sein. Ich habe Ihnen gesagt, was Stadtpräsident Tschäppät in Bern gesagt hat: Es gibt eben Berufsgattungen, da gibt es schlichtweg keine Frauen. Es steht im Bericht, wir haben Berufsgattungen im Pflegebereich, da haben wir sehr viele Frauen und das ist auch gut so. Wir können das auch im Moment nicht ändern. Wir wissen, dass die Industrie grundsätzlich sehr viele Ingenieure möchte, aber das wird im Moment nicht gelernt, weil offensichtlich andere Berufsrichtungen interessanter sind.

Der Stadtpräsident hat im Wahlkampf gesagt, er sei für alle da. Ich frage mich nach diesem Votum gegen mich, ob das wirklich so ist, und ich bitte ihn inskünftig, wirklich zuzuhören, was ich gesagt habe. Ich habe zitiert aus dem, was Christine Thommen gesagt hat, wegen dieses Männerzirkels. Und ich wiederhole es gerne nochmal und sage: Ich gehe davon aus, dass diese Unterstellung auf Sie nicht zutrifft und es schlichtweg an der besseren Qualifikation - und da meine ich Ralph Kolb damit - des eingestellten Bereichsleiters lag oder am Mangel von geeigneten Bewerbungen. Und Sie haben gerade gesagt, es gab keine Bewerbungen von Frauen. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch, persönlich beurteile ich Ralph Kolb als einen ausgezeichneten Mitarbeiter mit hervorragenden fachlichen und menschlichen Qualitäten. Was ist jetzt daran falsch?

Dann haben Sie mich völlig falsch verstanden, was diese 70 Tage anbelangt. Ich habe gesagt, es sei heute aus unserer Sicht nicht nötig, dass man unbezahlten Urlaub nimmt. Ich habe gesagt, wir haben heute Instrumente, mit denen man planen kann, dass man bis zu 70 Tage, beim Kanton ist das so (selbstverständlich muss das mit dem Arbeitsplatz vereinbar sein, das ist klar), heute kompensieren kann. Das habe ich gesagt. Ich habe nicht gesagt, dass ich das irgendjemandem abspreche bei der städtischen Verwaltung, überhaupt nicht, wie Sie das dargestellt haben. Also hören Sie doch bitte etwas besser zu.”

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, Eintreten ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Martin Egger (FDP)**, verliest den Bericht des Stadtrates vom 21. Oktober 2014 “Mehr Frauen in den Chefetagen der städtischen Verwaltung”, Bericht des Stadtrats zum Postulat Christine Thommen vom 30. Oktober 2012, Seite

1 - 8 und den Anträgen wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrates vom 21. Oktober 2014 zum Postulat Christine Thommen "Mehr Frauen in die Chefetage der städtischen Verwaltung", Nr. 5/2012 vom 30. Oktober 2012. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Das Postulat wird gestützt auf den Bericht und die darin enthaltenen Massnahmen zur Förderung der Familienfreundlichkeit der Stadt als Arbeitgeberin, insbesondere zur Erhöhung des Anteils von Frauen im Kader der Stadtverwaltung als erledigt abgeschrieben. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Schlussabstimmung: Dem Bericht wird mit 21:6 Stimmen zugestimmt.

SCHLUSSMITTEILUNGEN

Die **Ratspräsidentin** teilt die Zusammensetzung der SPK der Vorlagen "Kompetenzzentrum Tiefbau Schaffhausen" und "Neubau Werkhof SH Power im Schweizersbild, Schaffhausen" mit:

- Daniel Schlatter (SP/JUSO)
- Katrin Huber Ott (SP/JUSO)
- Urs Tanner (SP/JUSO)
- Hermann Schlatter (SVP/EDU) (designierter Präsident)
- Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP/EDU)
- Edgar Zehnder (SVP/EDU)
- Nicole Herren (FDP/JFSH)
- Thomas Hauser (FDP/JFSH)
- Rainer Schmidig (ÖBS/CVP/EVP/GLP)
- Katrin Bernath (ÖBS/CVP/EVP/GLP)
- Daniel Böhringer (AL)

Es werden Ihnen zu gegebener Zeit Terminvorschläge zu einer ersten Sitzung unterbreitet. Die einladende Fraktion ist die SVP/EDU-Fraktion.

Die nächste Sitzung findet nach den Sportferien, am **Dienstag, 17. Februar 2015, um 18.00 Uhr**, statt.

Die **Ratspräsidentin** beendet die Sitzung um 20:45 Uhr.

Die Protokollführerin:

Veronika Michel